



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 76. Ratssitzung vom 14. Dezember 2023

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 75, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 054. und 055. (Postulat GR Nr. 2023/549).

Tanja Maag Sturzenegger begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2568/2023): Die Idee zur Schaffung eines Familienhotels stammt aus dem Hebammenteam des Stadtspitals. Ihre Vision hat es im Rahmen des Innovationswettbewerbs Stadtbox im März 2023 eingereicht. Gebährende, die sich für eine Niederkunft im Stadtspital entscheiden, äussern vermehrt das Bedürfnis, die Wochenbettphase in einem weniger klinischen und ruhigeren Umfeld, beispielsweise in einem Familienzimmer, verbringen zu können. So kommt es vor, dass für diese Phase in ein Geburtshaus umgezogen wird. Für das Stadtspital bedeutet dies die Bereitstellung von hohen Vorhalteleistungen für die Geburtsinfrastruktur und ein Einnahmeverzicht für das Wochenbett. In Ergänzung zur von den Hebammen geleiteten Geburtshilfe bietet sich ein Familienhotel als geeignetes Konzept an, um eine starre Versorgungsstruktur aufzulösen und junge Familien in einem geeigneten Umfeld individuell begleiten zu können. Es ist erwiesen, dass die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse der Gesundheitsförderung und Ressourcenfindung innerhalb der Familien dient und somit positiv auf die Entwicklungsbedingungen des Neugeborenen einwirkt. Um die Nutzungsmöglichkeit eines solchen Versorgungsnetzes nicht zu eng zu fassen, sprechen wir im Postulat von einem Familien- und / oder Patient*innenhotel. Auch bei klinischen Aufenthalten könnte dieses genutzt werden, um jemanden auf einen Aufenthalt vorzubereiten oder nachsorgend zu begleiten. Eine solche vor- oder nachgelagerte Behandlung als Teil der stationären Versorgung existiert in einigen nordischen Ländern. Sie kann für die Patient*innen eine Möglichkeit sein, in einem den Bedürfnissen entsprechenden Umfeld unter Begleitung früh Verantwortung für den eigenen Genesungsprozess zu übernehmen. Mit der Verwirklichung eines Familien- oder Patient*innenhotels würde das Spital



einen innovativen Mehrwert in der eigenen Versorgungskette gewinnen. Andere im Bereich der Geburtshilfe aktive Häuser in der Schweiz setzen ähnliche Ideen um, so unter anderem das Centre hospitalier universitaire vaudois (CHUV) in Lausanne. Die Frauenklinik zieht im Frühling 2024 ins Hauptgebäude um, wodurch sich neue Nutzungsmöglichkeiten für das Haus eröffnen. Das Stadtspital selber sagt, die weitere Nutzung des Hauses werde in der langfristigen Planung berücksichtigt. Auch eine potenzielle Zwischennutzung mit der Reha-Klinik Valens steht im Raum, jedoch ist diese Entscheidung abhängig von Rechtsverfahren. Es ist also eine Lücke vorhanden. In diesem Sinne sind wir der Meinung, dass die Idee eines Familienhotels geprüft werden müsste. Es steht einzig fest, dass die Apotheke dort angesiedelt wird, was dem Anliegen unseres Postulats nicht widerspricht. Um die Anforderungen einer weiteren Gesundheitsdienstleistung zu prüfen, sind Vorabklärungen nötig, weshalb wir beantragen, 500 000 Franken dafür ins Budget aufzunehmen.

Kommissionsminderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Im ersten Teil des Votums tat Tanja Maag Sturzenegger (AL) so, als würden diese Flächen einfach leerstehen. Im zweiten Teil gab sie dann selbst zu, dass sich dort künftig eigentlich die Klinik Valens befinden sollte und dies nur noch von einem Rechtsverfahren abhängig sei. In diesem Sinne stimmen Sie mit der Minderheit, wenn Sie nicht einfach Flächen anders vergeben wollen, als der Stadtrat es vorsieht, wenn Sie dem Stadtspital kein weiteres Fass ohne Boden anhängen möchten und wenn Sie der Meinung sind, der Gemeinderat solle strategische und nicht operative Entscheide treffen. Auf den letzten Antrag dieser Budgetfahne bezugnehmend, möchte ich sagen: Sollte es tatsächlich eine Zwischennutzung brauchen, können Gebrauchsleihverträge ausgestellt werden, statt dem Spital noch mehr anzuhängen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Die Idee eines Familienhotels ist grundsätzlich sehr sympathisch. Sie stammt aus dem Innovationspool, in dessen Rahmen Mitarbeitende der Stadtverwaltung ihre Ideen einreichen können. Es handelt sich oft um sehr gute Ideen und einige davon wurden auch bereits umgesetzt. In diesem Fall bestehen jedoch bereits andere Pläne: Die Reha-Klinik Valens soll das durch den Umzug der Frauenklinik freiwerdende Gebäude beziehen, sobald die rechtliche Situation geklärt ist. Es handelt sich um ein kleineres Angebot, bis der Anbau neben dem Turm realisiert ist. Gleichzeitig suchen wir eine Lösung für den Verein Inselhof, der sich nebenan befindet und sich um Mütter in schwierigen Situationen kümmert. Ab dem Jahr 2034, in dem der Vertrag ausläuft, brauchen wir eine Anschlusslösung. Wir streben hier eine Lösung gemeinsam mit der Frauenklinik an. Im Moment hat das Thema Familienhotel für uns deshalb keine Priorität, auch weil die Wirtschaftlichkeit unklar wäre. Es stehen diesbezüglich keine Gelder zur Verfügung und es müssten teure Preise verlangt oder auf Subventionen gehofft werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb nicht sinnvoll, das Thema weiter voranzutreiben, nicht



zuletzt auch weil die Nachfrage unklar ist. Zurecht wird begründet, dass es heute oft so ist, dass gewisse Mütter oder Eltern nach der Geburt für ein, zwei Tage ins Geburtshaus umziehen. Wir haben keine Zahlen dazu, wie viele dies tatsächlich sind, gehen jedoch nicht von einer sehr grossen Zahl aus. Unsere Erfahrung zeigt, dass die Mütter oder Eltern möglichst schnell wieder nach Hause gehen möchten. Die Dauer, wie lange die Leute im Spital bleiben möchten, ist relativ konstant und es ist keine grosse Nachfrage nach einem Familienhotel spürbar. Es müsste sich um ein ganz deutliches Bedürfnis handeln, wenn wir solche Investitionen tätigen möchten. Momentan ist dies nicht prioritär gegeben und es gibt andere wichtige Projekte im Stadtspital, denen wir den Vorzug geben. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Dieses Postulat ist brandgefährlich: Weniger wegen dem Inhalt, sondern wegen der Mechanik, die es antreibt. STR Andreas Hauri hat es bereits angetönt: Es handelt sich um eine Idee aus dem Innovationsfonds. Es wäre verheerend, wenn wir dem Stadtrat das Zeichen geben würden, er solle seine Mitarbeitenden nicht mehr öffentlich und transparent nach Ideen fragen, weil der Gemeinderat sonst einzelne davon herauspickt und in Vorstösse umwandelt. Die GLP ist der Meinung, dass wir hier aufpassen müssen: Wenn wir Innovation von der Basis her ermöglichen wollen, müssen wir auch die Möglichkeit geben, die Ideen reifen oder auch einmal sterben zu lassen. So gefährden Sie jegliche Innovation in der Verwaltung und machen Bottom-up und nicht mehr Top-down.*

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Sven Sobernheim (GLP), unsere Gespräche mit den Leuten sind nicht Top-Down. Das Anliegen wurde auch nicht aus der Stadtbox gestohlen, sondern wir haben es aus Gesprächen mit Menschen, die sich dazu Gedanken machen, mitgenommen. In der Geburtshilfe handelt es sich durchaus um ein geäußertes Bedürfnis. Die Zahlen könnte man erheben, wenn die Idee weiterverfolgt würde. Bewusst haben wir aus diesem Grund auch gesagt, dass es sich nicht nur um ein Familienhotel handeln, sondern auch Möglichkeiten für die Patient*innenversorgung bieten soll.*

Michael Schmid (FDP): *Ich muss mich zum Votum von Sven Sobernheim (GLP) kurz äussern. Wir sehen auf den ersten Blick die Bedenken. Es darf aber auf keinen Fall beim Stadtrat so ankommen, dass Ideen aus der Stadtbox nicht mehr transparent gemacht werden dürften. Wir haben einen hohen Anspruch an die Transparenz der Verwaltung, ihr von der GLP habt diesen Anspruch auch, und dies soll so bleiben. Es ist jedoch ein freies Land, in dem Ideen diskutiert und aufgenommen werden können. Wir haben die Unterstützung des Postulats beschlossen, obwohl wir grosse Fragezeichen sehen, die durch das Votum des Vorstehers des Gesundheits- und Umweltdepartements verstärkt wurden. Es handelt sich jedoch um ein Postulat, mit dem ein Anliegen zuhanden des Gemeinderats geprüft werden soll. Vor diesem Hintergrund werden wir es weiterhin unterstützen. Das grundsätzliche Anliegen an die transparente Verwaltung bleibt,*



damit solche Themen weiterhin diskutiert werden können. Eine klare Aufforderung an die linke Ratsseite lautet, dies nicht für Partikularinteressen von «Pressure Groups» zu missbrauchen – dies werden wir sehr gut im Auge behalten.

S. 256	30 3035 500001 5040 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadthospital Zürich Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften: Sammelkonto Hochbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
054.	Antrag Stadtrat				11 797 200	Minderheit
				500 000	12 297 200	Mehrheit
			Begründung: Umnutzung Gebäude Frauenklinik nach Umzug der Abteilung; Vorabklärung/Machbarkeitsstudie			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): *Wir kommen zu unserem Lieblingsthema: Netto-Null. Es geht um 3,1 Vollzeitäquivalente, die neu geschaffen werden sollen. So, wie die AL vorhin gegen die neue Stelle wettete und die SP sich bei der Spitalausgliederung ebenfalls nicht durchringen konnte, gibt es nun für Sie die Gelegenheit, mit uns als Minderheit gegen die 3,1 Vollzeitäquivalente zu stimmen. Ihr wisst, dass Netto-Null bis ins Jahr 2040 12 Milliarden Franken kosten soll. Bei einem marginalen Anteil der Stadt Zürich von nicht einmal einem halben Promille am weltweiten CO₂-Ausstoss, unterstützen wir dies natürlich nicht. Die 3,1 Vollzeitäquivalente sind aus unserer Sicht völlig überflüssig. Mit Geldverschwendung werden wir Netto-Null bis ins Jahr 2040 nicht erreichen. Ein mehr-*



facher finanzieller Betrug im Zertifikatshandel, wie er in letzter Zeit in den Medien beschrieben wurde, zeigt, was für Saubermänner hinter diesem sogenannten hehren Ziel stehen. Die Linke hat das finanzielle Mass bei Netto-Null komplett verloren und lebt in ihrem feudalen CO₂-Tempel, während das arbeitende Volk dafür bezahlen soll. Dies kommt für uns nicht in Frage. Leider hat auch der Stadtrat den Wandel, der im Volk bezüglich dieser hysterischen Netto-Null-Angstmacherei vor sich ging, noch nicht verstanden – wir hoffen, dass dies noch kommen wird. Gestern Abend wurde in der Tageschau informiert, wie die Klimakonferenz in Dubai ausging, und von den Problemen, zu denen es führte, dass der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen in der ersten Fassung nicht festgehalten werden konnte. Nach langem Hin und Her konnten schliesslich zwei Worte eingefügt werden, um das Ganze verabschieden zu können. Wir sehen, wie die Regierungen und die Bevölkerungen weltweit hinter Netto-Null stehen: Sie stehen nicht dahinter. Aus diesem Grund bitte ich darum, auf die Stimme des Volkes zu hören, und die 3,1 zusätzlichen Vollzeitäquivalente für Netto-Null abzulehnen.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Ich hatte eigentlich darauf gewartet, dass zum Inhalt der 3,1 Stellen noch etwas gesagt wird. Da dies nicht erfolgte, möchte ich mich kurz zu den Schwerpunkten ebendieser äussern – einfach für den Fall, dass die SVP gar nicht so genau gesehen hat, was sie hier eigentlich streichen möchte. Es geht um eine Stelle mit den Schwerpunkten Umsetzungsplanung, Kreislaufwirtschaftsstrategie, Aufbau von Kooperationen. Dabei geht es hauptsächlich darum, einen Wirkungshebel für indirekte Emissionen zu finden. Es geht weiter um eine Stelle mit dem Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsziele im Zusammenhang mit einem neuen Beschaffungsrecht. Weiter geht es um eine Stelle mit dem Schwerpunkt der Initiative Stadtgrün sowie eine Stelle im Bereich Wissensmanagement und -transfer mit internationalen und nationalen Akteuren. So experimentell dies für euch klingen mag: Das Netto-Null-Ziel 2040 ist in der Gemeindeordnung verankert. Wir haben die direkten Treibhausgasemissionen auf Stadtgebiet bis ins Jahr 2040 auf Netto-Null zu senken und sollten auch bei den indirekten Emissionen ausserhalb des Stadtgebiets eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 erreichen. Jede einzelne Stelle lässt sich mit diesem Ziel verknüpfen und ist durch die übergeordnete dringlichste Notwendigkeit gerechtfertigt. Der kürzlich veröffentlichte Klimaschutzplan vom November zeigt, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist klar dafür, diese Stellen gutzuheissen.

Weitere Wortmeldungen:

Marion Schmid (SP): Walter Ankens (SVP) Vergleich mit der Stelle bei den Spitälern ist hanebüchen. Im Gegensatz zu jener Fragestellung, zu der wir uns in Beratung befinden, haben wir zum Netto-Null-Ziel einen sehr klaren Entscheid. Dieser stammt nicht aus diesem Rat, sondern von der Bevölkerung, die mit 75 Prozent Ja zum Klimaziel sagte. Damit einher geht auch, dass wir Ressourcen investieren müssen. Die SVP ist in diesem Sinne konsequent: Sie hat das Netto-Null-Ziel abgelehnt und lehnt nun auch diese Stellen ab. Was mich aber einmal mehr beelendet, ist die FDP, die in der Abstimmung so



tat, als hätte sie Netto-Null geradezu erfunden, und nun bei der SVP steht und nicht bereit ist, Ressourcen zu investieren.

Michael Schmid (FDP): *Vielen Dank, Marion Schmid (SP), dass du für alle im Saal nochmals in Erinnerung rufst, dass wir die erste Fraktion waren, die Netto-Null bis ins Jahr 2040 forderte. Der Stadtrat schloss sich kurz darauf dieser Forderung an. Wir sind uns seither über das Ziel einig, jedoch nicht über den Weg zum Ziel. Auch global gesehen sind nicht Vorschriften und Zwang der primäre Weg zu Netto-Null, sondern Innovation, Wettbewerb, das Ringen um die bessere Lösung, die der Markt hervorbringt. Bei den 3,1 Stellen scheiden sich dann unsere Wege und das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben.*

Marion Schmid (SP): *Ja, die FDP war damals die erste Fraktion, die sich zum nicht ganz so ehrgeizigen Ziel des Stadtrats, Netto-Null bis ins Jahr 2040 umzusetzen, bekannte. Dies fiel in die Phase vor den Wahlen, als sie sich um einen grünen Anstrich bemühte. Ich weiss nicht, was die Stellen, bei denen es darum geht, das Thema voranzubringen und Innovation zu betreiben, mit dem von Michael Schmid (FDP) angesprochenen Verbot und Zwang zu tun haben sollen.*

Walter Anken (SVP): *Ich selbst habe vier Quadratmeter Photovoltaikanlage auf zwei Schulhäusern gekauft. Wir haben nichts dagegen, dass solche Anlagen montiert werden. Wir haben jedoch etwas gegen die Art und Weise des Vorgehens. Es ist exakt so, wie Michael Schmid (FDP) sagte: Das Problem Netto-Null wird durch Innovation gelöst und nicht damit, dass wir es mit Geld zudecken. Auch mit hundert Stellen wird Netto-Null keine Minute früher erreicht werden. Lassen wir der Forschung und Innovation ihren Platz. Diese Leute brauchen jetzt Zeit, daran zu arbeiten. Beispielsweise kann der Stromverbrauch in der Informatik durch neue Technologien massiv reduziert werden. Es ist und bleibt die Innovation, die dieses Problem lösen wird, und nicht eure simple Idee, Millionen und Milliarden zu investieren und uns ein gutes Gewissen zu verschaffen, weil wir dem Steuerzahler zur Problemlösung Milliarden gestohlen haben. Gebt diesen Leuten Zeit und lasst sie machen, dann kommt es schon gut.*

S. 259	30 3045 3010 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
056.	Antrag Stadtrat			21 642 100	Mehrheit
					Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)



7 / 41

560 000

21 082 100 Minderheit

Johann Widmer (SVP)
Referat, Përparim Avdili
(FDP), Martin Bürki (FDP)

Begründung: Die 3,1 Stellen für die Netto-Null-Ziele sollen gestrichen und allenfalls anfallende Arbeiten durch das reguläre Personal ausgeführt werden.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Antrag 057.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Bevölkerungsbefragung hat nicht nur die Sorge Nummer 1, das Wohnen, für das die Stadt mehr tun soll, eruiert. Auf Platz 2 liegen die sicheren Velorouten, auf Platz 3 die Umwelt – für beides wird mehr Tätigkeit von der Stadt gefordert. Für die SP sind dies wichtige Anliegen: Wir möchten, dass die Umsetzung der Velorouten sowie des Programms Stadtgrün schneller vorwärtsgehen. Wir haben deshalb beim Stadtrat nachgefragt, wie dies erreicht werden kann und welche Mittel die Verwaltung dazu benötigt. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) hat geantwortet, dass die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine Juristin oder einen Juristen bei den Zentralen Diensten sehr wichtige Kapazitäten freisetzen würde, um in beiden Bereichen schneller vorwärtszukommen. Da uns dies sehr wichtig ist, haben wir die Stelle so beantragt.

Sven Sobernheim (GLP): Im Grundsatz irritiert es mich immer sehr, wenn Fraktionen – wie hier die SP – einer SP-Stadträtin Stellen geben muss, weil es im Budget angeblich zu wenige davon hätte. Im Budget stehen bereits 1,2 Stellen im Sekretariat des TED, eine davon für eine Juristin. Und halten Sie sich fest, denn wir haben gerade erst über das Geschäft Stadtgrün abgestimmt: Im TED hat es 13,6 neue Stellen für die Umsetzung von Stadtgrün. Entweder ist diese Juristin also das Tüpfelchen auf dem i, damit nächstes Jahr alles explodiert und umgesetzt wird, oder es handelt sich bloss um Symbolik. Die Minderheit glaubt dies nicht und ist der Meinung, dass die 14,8 Stellen für die beiden Programme, die sich neu im Budget befinden, ausreichen.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Überall, wo Velorouten durchführen sollen, entstehen Widerstände. Die Bevölkerung hat ein Problem, wenn die Parkplätze verschwinden. Sie würde



heute wohl kaum mehr für die Velorouteninitiative stimmen. Ich habe schon immer gesagt: Wenn die Velorouten schon vor der Abstimmung definiert worden wären, hätte die Bevölkerung diese abgelehnt. Ich verstehe nicht, weshalb es schneller vorwärtsgehen muss. Der Stadtrat erhielt den Auftrag, bis ins Jahr 2030 ein sternförmiges Veloroutennetz zu erstellen. Wenn nun der Hinweis vom Stadtrat kommt, dass er eine Stelle mehr brauchen könnte, damit es schneller vorwärts geht, frage ich mich, weshalb er diese nicht selbst budgetiert hat. Es ist mittlerweile normal geworden, dass STR Simone Brander sagt, man renne ihr eine offene Tür ein, und dass sie selbst aber nie auf die Idee gekommen wäre. Ich frage mich zudem, weshalb es denn unbedingt ein Jurist sein muss. Ich glaube, Florian Utz (SP) ist Jurist: Sucht er eine neue Stelle? Schafft hier wieder jemand eine Stelle für sich selbst? Nein, es braucht nicht noch mehr Stellen. Ich sage es noch einmal: Bei der Polizei brauchen wir mehr Stellen, aber sicher nicht im Tiefbauamt.

Martin Bürki (FDP): *Ich fahre täglich Velo und würde mir an vielen Orten sicherere Velorouten wünschen. Dafür gäbe es ein einfaches Rezept: Deeskalieren statt eskalieren. Mit den festgelegten Mindestbreiten für Velowege und Velovorzugsrouten – 4,8 Meter, damit vier Lastenvelos gleichzeitig kreuzen können – wurde jegliche Flexibilität genommen, um einen Kompromiss mit der Bevölkerung zu finden. Würde man hier Flexibilität walten lassen, könnte sehr viel mehr erreicht werden als mit einem Juristen, der nur noch mehr eskaliert.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Der Stadtrat hat bereits eine zusätzliche Stelle im Departementssekretariat bewilligt. Diese scheint seitens des Gemeinderats anscheinend unbestritten zu sein, was mich sehr freut. Der Aufwand an juristischer Arbeit ist erheblich gestiegen, seit ich im Amt bin. Ausschlaggebend hierfür sind nicht bloss die erwähnten Velorouten, sondern auch die Aufwände im Bereich der Stadtbegrünung. Hierbei handelt es sich nicht um die von Sven Sobernheim (GLP) erwähnten Stellen in meinen Dienstabteilungen Grün Stadt Zürich und Tiefbauamt, in denen wir auch möglichst viele Projekte mit Baumpflanzungen umsetzen wollen. Es entsteht eben auch zusätzlicher Aufwand bei mir im Departementssekretariat. So auch für den Ausbau der Fernwärme: Hier sind wir mit Hochdruck daran, das Klimaschutzziel zu erreichen, wofür viele Anträge und Verfügungen notwendig sind, die juristisch geprüft werden müssen. Auch die dritte Etappe der Strassenlärmsanierung generiert entsprechenden Aufwand. Ich gehe davon aus, dass dieser in Zukunft weiter steigen wird, weil es viele Themen sind, die Anträge und Verfügungen benötigen, damit die Umsetzung korrekt vonstattengehen kann. Es geht nicht darum, zu eskalieren oder Konflikte zu schüren, sondern darum, dass alles korrekt abgewickelt wird.*



Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich weiss, dass es unhöflich ist, nach dem Stadtrat oder der Stadträtin noch einmal zu sprechen, aber ich muss meine Irritation darüber bekanntgeben, dass STR Simone Brander den Antrag besser verteidigte als der Mehrheitsreferent Florian Utz (SP).*

Stephan Iten (SVP): *Lassen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen, was STR Simone Brander gesagt hat: Der juristische Aufwand hat zugenommen, seit sie im Amt ist.*

S. 266	35 3500 3010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat			180 000	1 873 000 Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
					2 053 000 Mehrheit	Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Schaffung einer Stelle (Jurist*in) zur beschleunigten Umsetzung von sicheren Velorouten und des Programms Stadtbegrünung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 058.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Alle guten Dinge sind drei: Der Antrag wurde bereits im Vor- sowie im Vorvorjahr gestellt. Wir fordern 500 neue durch das Veloexpressteam geschaffene Veloabstellplätze. In den letzten beiden Jahren wurde dies sehr gut umgesetzt: Das Tiefbauamt hat in beiden Jahren rund 500 zusätzliche Veloabstellplätze geschaffen. Es handelt*



sich um ein wichtiges Angebot für die Velofahrerinnen und Velofahrer, die die Parkplätze rege nutzen. Für das Jahr 2024 wurden seitens des Tiefbauamts nur 200 Stellplätze budgetiert. Wir möchten auf 500 Stellplätze aufstocken, damit das bisherige Tempo beibehalten werden kann. Um auch die GLP-Fraktion dafür gewinnen zu können, wären wir gerne bereit, auch Ladestationen für E-Bikes daneben bauen zu lassen.

Sven Sobernheim (GLP): 200 Veloabstellplätze, 400 Veloabstellplätze, 500 Veloabstellplätze... Sie haben den Zuschlag! 500 Veloabstellplätze werden gebaut, ich gratuliere Ihnen. Mein Lieblingsbeispiel für einen dieser realisierten Veloabstellplätze befindet sich an der Klingenstrasse. Auf dem Vorherbild sehen Sie vier Bäume, zwischen denen schon seit ewiger Zeit Velos und Roller abgestellt sind. Auf dem Nachherbild sehen Sie zwei Schilder, dass das Parkieren von Velos dort nun gestattet sei. Das sind 25 der 500 Veloabstellplätze, die im letzten Jahr realisiert wurden. Ich kann das gleiche sagen wie vorher: Wenn die SP der SP sagen muss, wie viele Veloabstellplätze in der Stadt gebaut werden sollen, braucht es uns nicht, denn das kann die SP an der Fraktionssitzung allein tun.

Weitere Wortmeldung:

Michael Schmid (AL): Erst dachte ich, es liege ein Tippfehler vor, denn ich hatte die Schaffung von 5000 Veloabstellplätzen sowie 250 Cargoveloabstellplätzen erwartet, so wie wir die Forderung mit der Motion GR Nr. 2022/455 an den Stadtrat überwiesen hatten. Ich mag, dass der Antrag eine Tradition hat, die wir gerne unterstützen, auch wenn sie hoffentlich bald überholt ist. Was ich dennoch anmerken möchte, ist, dass trotz Zugehörigkeit zum Tiefbauamt nicht unbedingt Bauprojekte für die Erstellung von Abstellplätzen notwendig sind. Die Bügel können auch auf den Teer geschraubt werden, wie es beispielsweise in Basel gemacht wird. So ist das Anliegen vielleicht mit weniger Aufwand und somit schneller umsetzbar.

S. 273		35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
		3515	Tiefbauamt				
		3141 00 000	Unterhalt Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
058.	Antrag Stadtrat				17 638 200	Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				330 000	18 768 200	Mehrheit	Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)



Begründung: Wie in den Vorjahren soll das Veloexpress-Team auch im Jahr 2024 500 neue Veloabstellplätze realisieren.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 058a.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: Das «Züri-Velo» ist aktuell wieder ein Thema in der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V). Über diese Weisung darf ich deshalb im Moment selbstverständlich noch nicht zu viel sprechen. Doch hatte die ganze Geschichte der Publi-Bikes mit der Ausschreibung und dem fragwürdigen Zuschlag, der daraufhin erteilt wurde, ein spezielles Gschmäckle. Es ist lustig, dass derjenige, der damals den Zuschlag erhielt, sich nun zurückgezogen hat. Es scheint also nicht so lukrativ zu sein. Nun haben wir eine Weisung auf dem Tisch, die den Steuerzahler 20 Millionen Franken kosten soll. Nach der Beschlussfassung im Gemeinderat soll in einer Volksabstimmung darüber abgestimmt werden. Der Stadtrat kommt nun und will das Publi-Bike weiterführen, bis die nächste Ausschreibung stattfindet und die Bevölkerung also den 20 Millionen Franken allenfalls zugestimmt hat. Es geht um 2,5 Millionen Franken, die die Stadt für diese Überbrückung haben möchte. Wir finden, dass das einfach nicht geht. Als wir Fragen zum Budget gestellt hatten, wurde lange um das Thema herumgeredet, bis die Stadt endlich herausgerückt hat, was sie eigentlich möchte. Sie will Publi-Bike weiterführen, bis es einen neuen Zuschlag an eine Bewerberin oder einen Bewerber gibt, sollte es überhaupt welche geben. Das wissen wir nicht, denn so lukrativ ist das Geschäft nicht, wenn sogar ein Halbstaatsbetrieb das Veloverleihsystem aufgibt. Wir meinen, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, das Publi-Bike weiter zu betreiben, wenn dies nicht mehr extern betrieben werden will. Die Verwaltung sagte immer, sie würde und möchte den Auftrag des Gemeinderats erfüllen. Die Forderung des Gemeinderats war jedoch nicht, dass die Stadt ein Publi-Bike führen soll. Die Verwaltung beziehungsweise der Stadtrat erhielt den Auftrag, ein Publi-Bike einzuführen und dieses extern zu vergeben. Wenn ein Privater ein Publi-Bike betreibt, wieso soll dann die Stadt Zürich in den nächsten zehn Jahren 20 Millionen Franken an einen Privatanbieter bezahlen? Ich gehe davon aus, dass die Stadt selbst das Publi-Bike führen und nicht extern vergeben will. Wir sind deshalb der Meinung: Der Stadtrat erhielt nicht den Auftrag, das Publi-Bike zu führen und so viel Geld zu investieren. Von den 20 Millionen Franken für ein paar wenige das Publi-Bike nutzende Personen wurde auch damals nicht gesprochen. Wenn die Stadt dies noch einmal ausschreiben möchte, soll sie das tun, und wenn sich ein Privater meldet, ist das okay. Bis der Steuerzahler die 20 Millionen Franken bewilligt hat, ist es jedoch



nicht die Aufgabe der Stadt Zürich, das Publi-Bike weiterzuführen. Dementsprechend möchten wir die 2,5 Millionen Franken streichen. Für diese Überbrückung wollen wir nicht den Steuerzahler bluten lassen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Wir sprechen heute eigentlich nicht über die 20 Millionen Franken, denn das können wir im Rahmen der Debatte zur Weisung tun. Es ist aber klar, dass die Weisung ohne die Übergangslösung von 2,5 Millionen Franken obsolet wird. Unabhängig davon, was wir schlussendlich von der Weisung halten, sind wir gegen den Antrag der SVP, die Übergangslösung aus dem Budget zu streichen. Dies käme einer Tabula rasa gleich und die politische Diskussion könnte gar nicht mehr geführt werden.*

Andreas Egli (FDP): *Die Situation ist folgende: Wir haben Publi-Bike damals unter der Prämisse zugestimmt, dass zwar Platz dafür zur Verfügung gestellt wird, der Betrieb aber für die Stadt unentgeltlich ist, sie also keine Subventionen spricht. Dies gilt für uns nach wie vor. Dass jetzt der Nachfolgevertrag für ein Publi-Bike derart verzögert kommt und aus der allgemeinen Stadtkasse ein subventioniertes Publi-Bike-System eingeführt wird, entspricht einer Salami taktik, um das System bei uns in der Kommission und später allenfalls in einer Volksabstimmung durchzubringen. Dies geht so nicht. Im Moment sehen wir nicht, dass wir dieser Lösung zustimmen können, weshalb wir den Antrag der SVP unterstützen werden.*

S. 273	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3635 00 000	Beiträge an private Unternehmungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
058a.	Antrag Stadtrat			2 686 400	
		2 567 200		119 200	Zustimmung Stephan Iten (SVP)
	Begründung:	Streichung des geplanten Beitrags für das neue Veloverleihsystem «Züri Velo 2.0»; Das Projekt ist weder vom GR noch vom Volk bewilligt (es geht um 20 Millionen) und der Stadtrat macht einen Vorbezug auf die Weisung GR Nr. 2023/472. Die SVP lehnt dieses Vorgehen ab.			

Der Rat lehnt den Antrag von Stephan Iten (SVP) mit 32 gegen 88 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.



Antrag 059.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): *In den Medien wurde schon einiges über den geplanten Tunnel vom Stadelhofen zum Heimplatz erzählt. Die Idee ist nicht wahnsinnig neu, sie wurde schon vor längerer Zeit einmal in der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) vorgestellt. Damals war STR Simone Brander noch Gemeinderätin und sass ebenfalls in dieser Kommission. Sie merkte selbst auch, dass das, was uns Altstadtrat Richard Wolff vorstellte, nicht besonders gut ankam, auf jeden Fall nicht im ersten Moment. Der Stadtrat möchte jedoch 1,8 Millionen Franken für weitere Projektierungen einstellen. Mir geht es an dieser Stelle überhaupt nicht um das Projekt an sich: Wir haben sicherlich noch genug Zeit, darüber zu diskutieren. Das Problem ist, dass das Projekt 100 Millionen Franken kosten wird – soweit hat der Stadtrat bereits geplant. Der Stadtrat muss mit dem Geschäft vor der Volksabstimmung also sowieso in den Gemeinderat bzw. in die Kommission kommen. 1,8 Millionen Franken ist viel Geld. Bevor so viel Geld ausgegeben wird, kann die Stadträtin doch in die Kommission kommen und fragen, ob das Projekt weiterverfolgt werden soll. Wenn die Kommission zustimmt, hat sie die Legitimation dazu, so viel Geld auszugeben für ein Projekt, das danach vor das Volk kommt. Auch wenn die Zürcher Stadtbevölkerung zu vielem Ja sagt, so sprechen wir hier von 100 Millionen Franken für 400 Meter Tunnel. Die weitere Projektierung will also gut überlegt sein, denn wenn das Geschäft im Gemeinderat keine Mehrheit findet, ist es sowieso vom Tisch. Wir möchten die 1,8 Millionen Franken deshalb sistieren und STR Simone Brander in die Kommission einladen, damit sie konkret sagt, was sie mit dem Projekt vorhat und wie es aussehen wird. Denn dafür braucht sie nicht 1,8 Millionen Franken – sie hat ja bereits projektiert und den Medien schon Bilder gezeigt. Wenn sie dies nächstens tut, können wir den Betrag für nächstes Jahr gut budgetieren, sie hat die Legitimation und wir müssen nicht weiter darüber diskutieren.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wie eine Person, die den Rosengartentunnel befürwortete, der 100 Millionen Franken pro Kilometer oder gesamthaft eine ganze Milliarde gekostet hätte, ein solches Projekt als teuer bezeichnen kann, das wird mir schleierhaft bleiben. Wir müssen das Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) erschliessen, sowohl für zu Fuss Gehende wie auch für Velofahrende. Das steht so im Richtplan sowie im Weissbuch und darüber haben wir hier schon mehrfach diskutiert. Die Schnittstelle vom Hauptbahnhof her über das Central ist relativ schwierig zu lösen. Deshalb ist es sinnvoll, dass der Stadtrat überlegt, wie der Stadelhofen besser erschlossen werden kann. Die Prüfung des Tunnels finden wir deshalb gut. Vom Stadelhofen her muss man irgendwo in den Untergrund, um zum vierten Gleis zu gelangen – ob dies nun am Heimplatz oder am Stadelhofen geschieht, ist egal. Wird das Projekt abgeschossen, bevor es projektiert wurde, ist dies irritierend. Wenn Sie argumentieren, der Stadtrat hätte direkt 20 Millionen Franken beantragen sollen, entgegne ich, dass wir ihn wohl alle zurecht ausgelacht hätten, wenn er mit diesen Visualisierungen in die Kommission gekommen wäre und einen*



Ausführungskredit von 120 Millionen Franken beantragt hätte. Es ist das normale Vorgehen, erst einmal eine Studie zu machen, dann einen Kredit in eigener Kompetenz zu sprechen und den nächsten Projektierungskredit, der in Gemeinderatskompetenz liegt, entsprechend zu beantragen. Ich verstehe deshalb die Aufregung nicht und finde es schade, dass Ihnen anscheinend die Projektprüfung für zu Fuss gehende Personen keine Investition wert ist.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Die AL wechselt ihre Position von der Enthaltung zur Mehrheit. Wir lehnen den Antrag aus formalen Gründen ab. Wie bereits gesagt wurde, ist das Vorgehen absolut normal. Es geht darum, unter Zeitdruck die Arbeiten mit der SBB abzustimmen, die in ihrer Projektierung bereits weiter ist. Durch diese Prüfung werden sich Resultate zeigen, auf denen basierend wir unsere Entscheidung fällen werden. Dazu positionieren wir uns noch nicht. Doch beim vorliegenden Antrag sind wir mit der Mehrheit in der Ablehnung.*

Martin Bürki (FDP): *Die FDP wechselt ebenfalls von der Enthaltung zur Mehrheit. Eine Prüfung ist zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll, denn das Bauprojekt ist noch nicht vollzogen, sondern noch in der Planung.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen, auch wenn ich durchaus Verständnis für die Position von Stephan Iten (SVP) habe. 1,8 Millionen Franken sind viel Geld und wir möchten wissen, was damit gemacht wird. Grundsätzlich entspricht das Vorgehen jedoch dem, was wir in dieser Stadt praktizieren. Bei grösseren Projekten erstellt der Stadtrat in Eigenregie ein Vorprojekt oder eine Vorstudie und gelangt danach mit einem Projektierungskredit an den Gemeinderat. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Mehrheit.*

Markus Knauss (Grüne): *Es ist uns klar, dass künftig rund um den Stadelhofen sehr viele Projekte realisiert werden müssen. Ich bin jedoch der Meinung, dass STR Simone Brander in dieser Hinsicht nicht sehr gut damit beraten war, dies so aufzugleisen. Wir erhielten im Januar 2022 eine erste Information, die auf ein gemischtes Echo stiess. Der Vertreter der GLP fragte übrigens, ob es sich bei dem Traktandum um einen Scherz handle, weil er sich nicht vorstellen konnte, dass dies so gewollt sei. Heute findet Sven Sobernheim (GLP), es solle geprüft werden. Weiter wurde gesagt, es handle sich um eine Erschliessung des HGZZ, was ich nicht so sehe: Es handelt sich um eine Erschliessung des Heimplatzes, wo nicht viele Leute hinwollen. Das Projekt befindet sich im Untergrund, was für Fussgängerinnen und Fussgänger nicht sehr attraktiv ist. Wenn schon ein Preisschild von 100 Millionen Franken anvisiert wird, sollte STR Simone Brander mit einer Weisung an die Kommission gelangen und geprüfte Alternativen aufzeigen. Das Vorgehen finde ich so nicht sehr überzeugend, weshalb wir STR Simone Brander bei einer Ablehnung der 1,8 Millionen Franken dazu einladen, dies zu tun. Nach wie*



vor bin ich der Meinung, dass das HGZZ nicht über einen – eher mehr Probleme schaffenden als lösenden – Tunnel erschlossen werden soll, sondern mit guten Lösungen für das Velo und den öffentlichen Verkehr (ÖV). Beim Lesen gewann ich zudem den Eindruck, die Ausbaupläne der SBB für den Bahnhof Stadelhofen kämen überraschend und es müsse nun rasch reagiert werden. Das Tiefbauamt kann aber auch anders: Im Dezember 2021 haben wir eine Motion für eine neue Personenunterführung Mühlebachstrasse geschrieben. Diese ist natürlich viel weniger komplex, aber wir werden in den nächsten Wochen über diese Weisung von 15 Millionen Franken abstimmen. Ein solches Vorgehen hätte ich mir eher gewünscht.

Jean-Marc Jung (SVP): *So schleicht man sich an ein 100-Millionen-Franken-Projekt heran. Der Vorredner hat richtigerweise gesagt, dass keine Alternativen aufgezeigt wurden, was bei der Grösse dieses Projekts erstaunlich ist. Zuerst wurde 1 Million Franken Projektierungskredit bewilligt, dann noch einmal 860 000 Franken nachgeschossen. Bald werden weitere Zusatzkredite und unerwartete Projektierungskosten in Millionenhöhe dazukommen. «Step by step» geht es in Richtung des Schätzwertes von 100 Millionen Franken und mehr. Dahinter lauern die Kostenüberschreitungen. Bei der Wache Nord, beim Kongresshaus, bei der Schulhausanlage Höckler in der Allmend, beim Hallenbad Oerlikon... An vielen Orten überschätzt man sich in der Höhe von hunderten Millionen Franken. Was wächst, sind nicht nur die Finanzlöcher, sondern auch die nachweisbare Inkompetenz der Stadt bei solchen Grossprojekten. Auch hier droht dies. Wir riskieren mit den absehbaren Kostenüberschreitungen ein Furkalochdebakel von mindestens 150 Millionen Franken für 400 Meter Tunnel mitten in der Stadt. Der Vergleich mit dem Furkaloch ist vielleicht extrem, aber es gibt auch andere Projekte mit unterirdischen Rolltreppen. Beim Bau von 150 Metern in einer Grossgarage in St. Moritz hat sich beispielsweise gezeigt, wie schwierig es ist, unterirdisch zu bauen. Der zusätzliche Zugang zum künftigen vierten Gleis des Stadelhofens ist eine riesige Kostenspekulation. Sich von Kostestück zu Kostestück zu schleichen, ist unehrlich und bewusst intransparent.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Wir sind die letzten, die für Bauprojekte möglichst viel Geld ausgeben wollen und kein Auge darauf werfen, wie viel Geld insbesondere im Vergleich zur ursprünglichen Schätzung ausgegeben wird. Die SBB baut jedoch für über eine 1 Milliarde Franken ein neues Gleis am Bahnhof Stadelhofen, der ursprünglich vielleicht etwas zu klein dimensioniert wurde. Dass die Nutzerzahlen so stark wachsen würden, war nicht voraussehbar. Die Erschliessung von der Ost- und vor allem Nordostseite wurden damals deutlich zu schwach ausgebaut. Es gibt bloss kleine Zugänge und ein Bahnhof ohne Zugänge ist sinnlos, weil es sich dann um einen reinen Umsteigebahnhof handeln würde. Bei einem zentrumsnahen Bahnhof, der zu den grössten der Schweiz gehört, ist eine sinnvolle Erschliessung in alle Bereiche der Innenstadt essenziell, insbesondere auch zum Heimplatz. Wir wechseln deshalb von der Enthaltung in die Mehrheit und unterstützen das Projekt.*



Stephan Iten (SVP): Ganz so einfach ist es nicht, Benedikt Gerth (Die Mitte). Die Entwicklungszahlen sind schon seit x Jahren ein Thema. Schon zu Zeiten von Altstadtrat Richard Wolff haben wir über den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen gesprochen; er hat uns diesen damals vorgestellt. Der Stadtrat ist diesbezüglich überhaupt nicht überrascht. Ich staune immer wieder über die Widersprüche in den Aussagen von Sven Sobernheim (GLP): In der Erschliessung und im Richtplan steht nichts von einem Tunnel, wenn ich es richtig sehe. Deine Aussage war immer, dass Menschen nicht in den Untergrund gehören und sie auch keine Brücken überwinden sollen. Jetzt plötzlich ist ein Tunnel wieder die richtige Lösung für die Menschen. Und die AL sagt, der Stadtrat sei plötzlich unter Zeitdruck. Wir kennen das Problem schon länger. Was passiert, wenn der Stadtrat unter Druck ist? Markus Knauss (Grüne) hat es bereits angetönt: Wir haben das Projekt «Velostation Haus zum Falken» mit genau den von mir aufgezeigten Problemen. Die Kommission musste den Objektkredit erhöhen, weil unter Zeitdruck Fehlplanungen gemacht wurden. Der Stadtrat hat teure Verwaltungsangestellte und der Gemeinderat muss ihm dann die Fehler aufzeigen. Das meine ich damit: Es wird unter Zeitdruck projektiert und es passieren Fehler. Aus einem 100-Millionen-Franken-Projekt wird plötzlich ein 200-Millionen-Franken-Projekt und es wird gesagt, es handle sich um gebundene Ausgaben, weil die Bevölkerung zu den 100 Millionen Franken Ja sagte. Wir müssen es vorsichtig angehen: Erst einmal müssen wir wissen, ob das Projekt im Gemeinderat eine Mehrheit findet und danach, ob es in der Bevölkerung eine Mehrheit findet. Solche Projekte müssen vorsichtig geplant werden. Bevor so viel Geld ausgegeben wird, holt man doch erst einmal im Gemeinderat ab, ob es eine Mehrheit findet. Das meine ich mit diesem Antrag, auch wenn ich nichts gegen das Projekt sagen will. Der Rosengartentunnel, Sven Sobernheim (GLP), wurde auch erst im Kantonsrat beraten, und zwar nicht unter Zeitdruck. Deshalb muss ein solches 100-Millionen-Franken-Projekt auch dem Gemeinderat vorgestellt werden. Wenn der Gemeinderat es nicht gut findet, wird es auch die Bevölkerung nicht gut finden. Bitte kommen Sie, STR Simone Brander, zu uns und holen Sie uns ab, damit wir auch für das Projekt sind und danach weiter projektiert und die 1,8 Millionen Franken ausgegeben werden können.

Derek Richter (SVP): Ich kann mich noch gut daran erinnern, als Altstadtrat Richard Wolff der Kommission dieses Projekt voller Stolz vorstellte. Er wollte sich damit ein Denkmal setzen, doch die Zeit lief ihm leider davon. Es gab damals schon diverse Ideen, um den Stadelhofen mit dem Heimplatz zu verbinden. Auch STR Filippo Leutenegger, damals Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements, hatte eine gute Idee, doch auch ihm lief die Zeit davon. Wir hoffen jetzt, dass die Zeit auch diese Idee heilen wird. Ich bin bei Markus Knauss (Grüne): Die Verbindung Stadelhofen–Heimplatz soll verbessert werden, jedoch nicht nur für die Fussgänger und nicht mit einer Röhre, die gerade einmal einen Durchmesser von 4x4 Metern hat. Dass die 100 Millionen Franken nicht ausreichen, kann man heute schon sagen. Zudem soll es bloss eine Verbindung für den Langsamverkehr sein, doch wir brauchen eine Lösung für alle Verkehrsteilnehmer



Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Danke für die Ausführungen. Ich nehme gerne Bezug auf die schriftliche Begründung des Antrags, in dem man sich am Vorgang der Umlagerungen stört. Die Minderheit möchte wissen, was es mit den Umlagerungen auf dem Konto 510785 auf sich hat. Wie soeben mündlich ausgeführt, besteht die Befürchtung, dass das Projekt hinter dem Rücken des Gemeinderats ausgearbeitet und Salamtaktik betrieben werde. Gerne erkläre ich deshalb das Vorgehen des Tiefbauamts, wie die verfügbaren finanziellen Mittel sinnvoll und sparsam eingesetzt werden. Das Portfolio des Tiefbauamts umfasst jährlich hunderte Projekte, die sich in verschiedenen Phasen befinden. Im Bauprogramm, das dem Gemeinderat jährlich vorgelegt wird, sind jeweils rund 100 Projekte zwischen Projektierung und Realisierung aufgelistet. Je nachdem, ob Einsprachen vorliegen, thematische Überlagerungen zu anderen Projekten existieren oder dringlicher Handlungsbedarf angemeldet wurde, kann es passieren, dass das Tiefbauamt ein Projekt repriorisieren oder eine Änderung im Terminplan vornehmen muss. Diese Anpassungen haben auch immer Folgen fürs Budget. Damit wir das Budget 2023 dennoch nicht überschreiten, beziehungsweise damit wir bis zur neuen Budgetrunde andere Projekte vorantreiben können, sind punktuelle Umlagerungen im Budgetjahr notwendig. Dank dieser Möglichkeit können – wo angezeigt und finanzrechtlich möglich – als Ersatz für Projekte, die sich zeitlich verzögern, andere Projekte früher gestartet und die Lücken geschlossen werden. Diese Praxis der Umlagerungen entspricht den Vorgehen, die wir in den rechtlichen Grundlagen entsprechend ausgeführt haben. Es gibt auch einen Stadtratsbeschluss mit teilrevidiertem Finanzhaushaltsreglement, das den Umgang des Stadtrats damit aufzeigt. Für den Zugang Stadelhofen Nord musste der Stadtrat im Jahr 2023 in einem Stadtratsbeschluss festhalten, dass er die Möglichkeit des Zugangs Nord zum Bahnhof offenhalten will. Erst mit diesem formellen Beschluss vom 15. November 2023 kann die SBB diese Möglichkeit in ihr Bauprogramm aufnehmen. Ebenfalls formal bedeutet dieser Stadtratsbeschluss, dass auch das Tiefbauamt das Projekt ins Bauprogramm aufnimmt. Planerisch und finanziell bedeutet dieser formale Entscheid auch, dass die Anforderungen für eine Realisierung des Zugangs Nord bereits heute im Bauprojekt «Gleis 4 Stadelhofen Vorausmassnahmen» vom Tiefbauamt definiert und budgetiert werden müssen, auch wenn sie erst später anfallen. Das Geld für die Vorausmassnahmen wird nun als Umlagerungen im Budget 2023 finanziert; der Objektkredit wird wie üblich über die jeweiligen Instanzen zur Bewilligung vorgelegt und entsprechend mit dem Budget 2025 ordentlich beantragt. Der Antrag für das Projekt über den nördlichen Zugang befindet sich in der Pipeline und wird dem Gemeinderat vorgelegt werden. Selbstverständlich werden wir dort auch die geprüften Alternativen aufzeigen. Ich hoffe, es wurde nun verständlich, dass es sich bei diesen Umlagerungen nicht um eine Salamtaktik handelt, sondern um die Auswirkungen eines sparsamen Umgangs mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln. Im konkreten Fall des Bahnhofs Stadelhofen müssen wir uns längerfristig alle Möglichkeiten offenhalten, um auch von Norden her einen leistungsfähigen Zugang zu ermöglichen.*



18 / 41

S. -	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	-	Bau von Fussgängeranlagen: Zugang Nord, Bau einer unterirdischen Verbindung für Zufussgehende vom Bahnhof Stadelhofen zum Heimplatz			
	5010 00 000	Strassen und Verkehrswege			
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag
					Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				1 860 000 Mehrheit
					Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Pon- nuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			1 860 000		0 Minderheit
					Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne)
					Enthaltung
					Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL)
		Begründung:	Gemäss STRB Nr. 3339/2023 sind die Ausgaben von 1,860 Millionen Franken (IM-Nr. 510785) durch Umlagerungen gedeckt. Wir fordern eine Rückzahlung aller Beträge auf die Ursprungskonten und eine ordentliche Budgetierung des Vorhabens im Budget 2025. Auch wenn der Stadtrat die Kompetenz hat, bis 2 Millionen Franken in eigener Kompetenz zu sprechen, so ist es doch stossend, dass ein 100-Millionen-Projekt, bei dem die Projektierungskosten total 10 Millionen Franken sein werden, in Salami-taktik hinter dem Rücken des Gemeinderats ausgearbeitet wird.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 060.

Kommissionsreferat:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich freue mich, einen einstimmigen Antrag der RPK vertreten zu dürfen. Wir sprachen im Gemeinderat schon oft über das Gesamtkonzept Elektromobilität beziehungsweise darüber, dass wir noch kein solches haben und es im Jahr 2024 kommen soll. Wir sind der Meinung, dass es Situationen gibt, die nicht auf die lange Bank geschoben werden sollten. Eine Situation im Bereich des motorisierten Individualverkehrs (MIV), die wir in der Stadt immer haben werden, sind die Taxis. Aus diesem Grund suchten wir ein Projekt, das sich in der Auflage befindet und bei dem klar ist, wie es in Zukunft aussehen wird. Wir wurden im Projekt Schulstrasse fündig. Dort sind zwei Taxiabstellplätze geplant, die auch nach dem Umbau bleiben sollen. Diese sollen nun mit Ladestationen erschlossen werden. In der ersten Budgetlesung sagte das Tiefbau-*



amt, es sei nicht für Ladestationen zuständig. Daraufhin entstand der Ihnen nun vorliegende Antrag auf Ausschreibung der zwei Ladestationen. In der letzten Lesung meinte es dann, dass auch Geld beim Elektrizitätswerk (ewz) eingestellt werden müsste, falls wir möchten, dass dieses den Auftrag übernimmt. Wir führen deshalb nun eine Debatte darüber, ob wir die Ladestationen an diesem Ort haben möchten. Falls sich eine Mehrheit dafür findet, stellen wir in einem zweiten Schritt den Antrag, beim ewz ebenfalls das entsprechende Geld einzustellen. Den Antrag stellen wir in der Hoffnung, dass wir statt Hybridautos irgendwann nur noch Elektroautos als Taxis haben werden.

S. 277	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	513000	Bau von Strassen: Sammelkonto				
	5010 00 000	Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat				5 745 500	
				10 000	5 755 500	Zustimmung
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
						Enthaltung Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Ausschreibung durchführen zur Erstellung, Betrieb, Unterhalt und Rückbau von Elektroladestationen an den zwei Taxiabstellplätzen an der Schulstrasse (Versuch im Sinne von Postulat GR Nr. 2022/266)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): Dieser Antrag ist ähnlich gelagert wie der vorherige, allerdings sollen weisse Parkplätze elektrifiziert werden. Wir fanden ein Projekt in der Mainaustrasse, bei dem der Parkplatzabbau bereits beschlossen wurde. Das Projekt befand sich in der öffentlichen Auflage, weshalb wir wissen, dass vier weisse Parkplätze entstehen sollen. Auch hier stellen wir erst den Antrag, Geld beim Tiefbauamt dafür einzustellen, und später für den Folgeantrag, auch beim ewz Geld für die Realisierung einzustellen. Einem Teil des Rats war es wichtig, dass es sich nicht um weisse Parkplätze handelt, bei denen die Ladestationen zusätzlichen aktiven Verkehr generieren würden, sondern um solche, die von den Leuten sowieso genutzt werden. Zudem möchte ich sagen, dass wir uns die Elektromobilitätsstrategie natürlich nach wie vor wünschen, wir aber nicht ewig darauf warten können.

Florian Utz (SP): Bei Ladestationen im öffentlichen Raum plädieren wir für eine gewisse Zurückhaltung. Wir sind nicht der Meinung, alle Ladestationen seien des Teufels. Dennoch sollten Ladestationen primär in städtischen Gebäuden oder in Parkhäusern erstellt werden, weil hier der öffentliche Raum nicht belastet oder beschnitten wird. Den Ladestationen bei den Taxiparkplätzen haben wir zugestimmt, weil dort eine spezifische Situation vorliegt, die wir sinnvoll finden. Die Mehrheit steht der grossflächigen Einführung bei weissen Parkplätzen und in Blauen Zonen momentan noch zurückhaltend gegenüber und würde die Priorisierung anders vornehmen. Der zweite Punkt ist, dass die Ladestationen auch nicht ganz billig sind: Im Durchschnitt kosten diese mehr als 200 000 Franken pro Ladestation. Insgesamt sprechen wir von rund 1 Million Franken, die sich nicht refinanzieren wird. Es würde sich deshalb um eine neue städtische Subvention handeln, die sich auch angesichts der Volksentscheide zum Thema MIV nicht unbedingt aufdrängt.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Die Grünen befanden sich beim Abschluss in der Kommission noch in der Enthaltung, weil erst nicht klar war, wo diese Ladestationen nun gebaut werden sollen und weil wir noch darüber diskutieren wollten. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Autos gar nicht in die Stadt gehören, aber bis es soweit ist, geht es vermutlich noch ein paar Jahre. Unser anderes Anliegen ist die schnellstmögliche Reduzierung von mit fossilen Treibstoffen angetriebenen Autos. Diese würden wir in der Stadt am liebsten ab sofort verbieten. Ein Mittel dazu ist natürlich deren Ersatz durch elektrisch betriebene Autos. Wir sind deshalb dafür, dass diese weissen Parkplätze mit Ladestationen ausgestattet werden und wir damit einen kleinen Schritt in Richtung Netto-Null machen. Den Ladestationen bei den blauen Parkplätzen, die im nächsten Antrag behandelt werden, werden wir nicht zustimmen. Blaue Parkplätze sollen abgeschafft werden, um deren Raum der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.



Benedikt Gerth (Die Mitte): Die Mitte diskriminiert nicht verschiedene Arten von Parkplätzen, sondern behandelt alle gleich. Wir sind, wie Felix Moser (Grüne) vorhin meinte, auch der Meinung, dass wir konsequent sein müssen, um Netto-Null im Jahr 2040 zu erreichen. Entsprechend müssen Anreize und Infrastrukturen geschaffen werden. Aus diesem Grund werden wir sowohl beim Antrag 061., wie auch beim Antrag 062. von der Enthaltung in die Minderheit wechseln und uns für die Ladestationen aussprechen.

S. 277	35 3515 513000 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				5 745 500	Mehrheit
				10 000	5 755 500	Minderheit
						Enthaltung
						Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Ausschreibung durchführen zur Erstellung, Betrieb, Unterhalt und Rückbau von Elektroladestationen an den weissen Parkplätzen der umgestalteten Mainaustasse gemäss Planaufgabe nach §16 StrG vom Juli 2023			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 062.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): Beim dritten von uns gefundenen Strassenbauprojekt handelt es sich um blaue Parkplätze. Auch an der Heinrichstrasse wurde der Parkplatzausbau bereits beschlossen. Die wenigen noch übrigbleibenden Parkplätze sollen nun ebenfalls elektrifiziert werden. Zu den Kostenschätzungen von Florian Utz (SP): Die 250 000 Franken beinhalten die Installationskosten. In der Blauen Zone verlangen wir keine Schnellladestationen, sondern deutlich günstigere Langsamlader. Wenn man die



22 / 41

Elektrifizierung ernst meint und eine Daseinsberechtigung für diese Parkplätze sieht, sollten diese elektrifiziert werden. In diesem Sinne: Vermeiden – verlagern – elektrifizieren.

Tanja Maag Sturzenegger (AL) verzichtet auf die Begründung der Mehrheit.

S. 277	35 3515 513000 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				5 745 500	Mehrheit
				10 000	5 755 500	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung:	Ausschreibung durchführen zur Erstellung, Betrieb, Unterhalt und Rückbau von Elektroladestationen (langsame Laden) in der Blauen Zone der umgestalteten Heinrichstrasse		
						Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Markus Haselbach (Die Mitte)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 063.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Martina Zürcher (FDP): *Stellen Sie sich vor, dass Sie als Ehepaar den Ruhestand in einem Einfamilienhaus mit grossem Garten in der Stadt Zürich geniessen. An einem düsteren Montagmorgen um 7 Uhr werden Sie von der Haustürglocke abrupt aus dem Schlaf gerissen. Es scheint etwas passiert zu sein. Vor der Türe steht ein unangekündigter Besuch der «Kompostpolizei» von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ). Diese Geschichte trug sich vor ein paar Wochen genau so zu, wie ich vom Betroffenen erfahren habe. Gemäss der Verordnung für die Abfallbewirtschaft kann man sich von der*



Grüncontainerpflicht befreien lassen, wenn die Eigentümer, Zitat aus der Verordnung, «gegenüber der zuständigen Dienstabteilung nachweisen, dass die biogenen Abfälle einer Kompostierung zugeführt werden.» Im Jahr 2023 denke ich bei einem Nachweis beispielsweise an eine Fotografie. Ich habe schliesslich auch noch nie davon gehört, dass beispielsweise das Steueramt zu Hause nachsehen kommt, ob wirklich alle Vermögenswerte angegeben wurden. Das ERZ hingegen geht bei 340 Einfamilienhäusern und 317 vermutlich kleineren Mehrfamilienhäusern mit Komposthaufenkontrollleuren auf Kontrollgänge. Diese Massnahme hat weder eine vernünftige gesetzliche Grundlage noch ist sie zeitgemäss oder verhältnismässig, selbst wenn der Besuch im Unterschied zum eingangs geschilderten Fall telefonisch angekündigt wird.

Johann Widmer (SVP): *Wie bereits meine Vorrednererin sagte und auch in den Zeitungen zu lesen war, schnüffelt der Staat nun bereits in unseren privaten Komposthaufen. Der Stadtrat ist der Meinung, er könne dies mit 0,2 Stellen tun. Doch wir wissen, wie die städtischen Angestellten arbeiten, und glauben, dass es 2 Stellen dafür braucht. Wir als zweite Minderheit möchten deshalb stärker kürzen, als es die FDP tut. Der Stadt geht es bei den ganzen Komposthaufen nicht darum, dass der Bürger seinen Kompost richtig pflegt, sondern darum, dass sie den ganzen Kompost für ihre Biogasanlage haben möchte. Wir hegen den Verdacht, dass ihr endlich merkt, dass Solar- und Windenergie doch nicht ganz ausreichen und deshalb jedes Gramm Grünabfuhr und Kompost als Energieträger benötigt wird.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wenn wir eine Pflicht einführen, muss sie auch kontrolliert werden. Der Stadtrat tut dies mit einem minimalen Ressourceneinsatz, auch wenn die SVP sagt, wir würden belogen. Ich glaube nicht, dass ich belogen werde, sondern dass das System funktioniert. Zwei Anmerkungen an die FDP: Die Biogasanlage war eure Idee und ich frage mich, ob ich mich auch als Nicht-Verheirateter kontrollieren lassen darf.*

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): *Ich fand die Idee der flächendeckenden Bioabfallcontainer gut und sprach mich in der Fraktion dafür aus. Gleichzeitig habe ich meine Kollegen vor einer möglichen Pflicht gewarnt, denn dann wird es gefährlich. Sobald der Stadtrat etwas verpflichtend einführt, geht die ganze Geschichte so richtig los. Ich muss sagen, ich finde es auch gut, wenn ich meine Orangenschalen, die ich am Sonntagmorgen von meinem Orangensaft übrig habe, in den Bioabfall werfen kann. Dies spart mir Kosten. Nun ist es aber tatsächlich eine Pflicht und der Stadtrat holt gierig den Bioabfall der Privaten, um damit Geld zu verdienen. Es ist wie bei der Billag bzw. Serafe: Wer sich von der Pflicht befreien lassen will, muss beweisen, einen Kompost zu haben. Wenn ich nun zu STR Simone Brander gehe und ihr sage, dass ich einen Kompost habe und die Biotonne nicht brauche, entgegnet sie, dass sie bzw. jemand von ERZ meinen Komposthügel kontrollieren wird. Stellen Sie sich das vor. Früher hatte ich auch einen Komposthaufen im Garten und es interessierte STR Simone Brander nicht, wie dieser funktioniert. Jetzt*



wird dieser aber plötzlich interessant, denn sie erhält den Bioabfall nicht mehr, mit dem sie Geld machen kann. Jetzt wird also kontrolliert, ob sich dieser nicht zu nah zum Nachbar befindet, ob er genug feucht ist, ob er genug Würmer enthält... Jetzt plötzlich interessiert sie all dies. Wir haben ja schon viele irre Dinge besprochen, aber diese werden hier übertroffen. Nun haben wir eine «Kompostpolizei», die es nicht braucht. Wenn jemand sagt, er habe einen Kompost, muss dies nicht kontrolliert werden. Selbst wenn jemand keinen Kompost hätte, würde die Orangenschale halt für einmal im Kehrichtsack landen und wir hätten ein bisschen weniger Gas. Der Kontrollwahn des Stadtrats ist übertrieben. STR Simone Brander, rufen Sie ihre Kompostpolizisten zurück. Wenn jemand sagt, er habe einen Kompost, dann hat er auch einen.

Andreas Kirstein (AL): Ich stelle mir heute Abend die Frage, weshalb die RPK überhaupt Fragen stellt, wenn die Antworten dann doch nicht zur Kenntnis genommen werden. Natürlich war klar, dass nach diesem Aufreger in den Quartierzeitungen jetzt noch einmal voller Inbrunst gegen die Kontrollen gesprochen wird. Es handelt sich aber offensichtlich um ein Missverständnis. STR Simone Brander wird dies sicherlich nachher klarstellen: Es gibt keine «Kompostpolizei» und auch keine flächendeckende Kontrolle, sondern eine Beratung. Alles andere, was beschrieben wurde, hat der Stadtrat in seinen Antworten widerlegt. Die flächendeckende Einführung wurde damals diskutiert und schlussendlich angenommen. Die durch die dafür nötige Infrastruktur anfallenden Kosten sind auch nichts anderes als die Gebühr für die Abfallsäcke. Entsorgen Sie Ihren Abfall andernorts, werden Sie dafür gebüsst, was auch schon viele Diskussionen nach sich zog. Bei der letzten nationalen Abfallerhebung zeigte sich, dass viele Leute verwertbaren Bioabfall in den normalen Abfallsack werfen und diesen entsprechend dem Kreislauf entziehen. Die spannendere Diskussion wäre deshalb, welche zusätzlichen Massnahmen dagegen ergriffen werden können, nicht die frei erfundene «Kompostpolizei».

Markus Knauss (Grüne): Ich bin weder verheiratet, noch wohne ich in einem Einfamilienhaus, aber ich habe die Kompostkontrolle bereits hinter mich gebracht. Sie dauerte ungefähr halb so lange, wie Stephan Iten (SVP) vorhin gesprochen hat. Der nette Herr von der Stadt rief mich eines Morgens an und fragte mich, ob ich ihm sagen könne, wo sich mein Komposthaufen befinde. Es handelt sich um den berühmtesten Komposthaufen der ganzen Stadt, da er zehn Meter neben dem Grab von Gottfried Keller steht. Da dieser nicht mehr genutzte Teil des Friedhofs abgeschlossen ist, habe ich ihm angeboten, dass ich gerne mit dem Schlüssel vorbeikommen könne, um ihm den Komposthaufen zu zeigen. Das Angebot hat er abgelehnt, denn es reiche aus, ihn durch das Gitter zu sehen. Er hat also jemanden geschickt, der gesehen hat, dass es den Komposthaufen gibt, und ich hielt fünf Tage später die Verfügung in den Händen. Aus lauter Unkenntnis irgendwelche komischen Dinge zu behaupten, geht einfach nicht.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir machen aus diesem Kompost etwas viel Müll, heizen die Diskussion unnötig an. Das Ganze sollte etwas sachlicher betrachtet werden, so wie es Andreas Kirstein (AL) vorher schilderte. Den von Martina Zürcher (FDP) erläuterten



Fall erhielten wir ebenfalls geschildert und auch wir finden das Vorgehen nicht akzeptierbar. Der Kontrollwahn der Stadt scheint dort tatsächlich überhandgenommen zu haben. Auf der anderen Seite heisst das aber nicht, dass wir diesen Antrag so lange diskutieren müssen. Wir sollten das Thema mit gesundem Menschenverstand betrachten. Wir appellieren an STR Simone Brander beziehungsweise ihre kontrollierenden Einheiten, mit Bedacht vorzugehen und nicht überfallartig an die Leute zu gelangen. Wir haben andere Probleme in der Stadt und auf dieser Welt als die Kompostkontrolle.

Martina Zürcher (FDP): *Andreas Kirstein (AL) meinte, es handle sich bloss um eine Beratung und keine flächendeckende Kontrolle. Dies kam – sowohl in den Antworten von ERZ wie auch in der Entschuldigungsmail, die die betroffene Person erhalten hat und in der man sich für die fehlende Ankündigung des Besuchs entschuldigte – anders daher. Was uns daran stört, sind die fehlende gesetzliche Grundlage für solche Kontrollbesuche und die nicht vorhandene Verhältnismässigkeit. Es gibt keinen Grund, weshalb die Haushalte der 340 Einfamilienhäuser etwas Falsches behaupten sollten. Dass bei grösseren Mehrfamilienhäusern, die sich befreien lassen wollen, die Mieter geschützt werden sollen, kann ich noch halbwegs verstehen. Die Komposthaufen der Einfamilienhäuser anzuschauen, ist völlig unnötig.*

Stephan Iten (SVP): *Markus Knauss (Grüne), das ist genau das, was ich meinte: Vorher kam 20 Jahre lang niemand, um deinen Komposthaufen anzuschauen, und jetzt plötzlich kommt jemand und du findest es das Normalste der Welt. Ich selbst finde es nicht sehr normal, dass nach all den Jahren ohne Kontrolle nun eine Kontrolle nötig ist. Und Andreas Kirstein (AL), ich finde es schon einen Unterschied, ob ich meinen Plastik falsch entsorge oder meine Orangenschale in den Wald schmeisse. Das tut der Umwelt nicht wirklich weh, die Orangenschale vermodert, es gibt wieder Humus daraus und es können wieder Tannenbäumchen wachsen. Der Vergleich mit dem normalen Abfall hinkt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Der Kürzungsantrag der FDP richtet sich gegen die sogenannte «Kompostpolizei» und hat zum Ziel, das 20-Prozent-Pensum der Kompostkontrolle zu streichen. Die revidierte Abfallverordnung, die am 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist, sieht vor, dass alle Containerstandorte mit einem Bioabfallcontainer ausgerüstet werden und die Eigentümer*innen eine Mengengebühr für diesen Bioabfall entrichten. Wer selbst kompostiert, hat die Möglichkeit, sich von der Containerpflicht und entsprechend auch von der damit verbundenen Mengengebühr für den Bioabfall zu befreien. Die zuständigen Mitarbeitenden von ERZ haben es anfangs bei gewissen Kontrollen tatsächlich übertrieben. Die Leitung von ERZ hat jedoch sofort reagiert und einerseits den Kontrollauftrag mit ihren Mitarbeiter*innen geklärt sowie andererseits auch die Themen der Voranmeldung und die Auftrittskompetenz und -effizienz entsprechend geschult. Auch das von Stephan Iten (SVP) erwähnte Merkblatt zu Themen wie dem Grenzabstand*



wurde von der Website entfernt. Wir möchten jedoch die Sicherheit haben, dass die richtigen von den Gebühren entbunden werden und möchten deshalb auch entsprechende Prüfungen vornehmen. Im Laufe der durchgeführten Kontrollen haben wir festgestellt, dass es nur sehr wenige gibt, die tatsächlich betrügen. Aber es gibt sie; die, die nur vorgeben zu kompostieren, oder die, die nicht allen in derselben Liegenschaft wohnenden Personen die Möglichkeit dazu geben. Die Art und Weise, wie ERZ mit der Klärung und Schulung reagiert hat, ist meiner Meinung nach sinnvoll und verhältnismässig. Jetzt müssen weitere Erfahrungen gesammelt werden, denn es handelt sich um das erste Jahr, in dem diese Regelung eingeführt wurde. Ich bin sicher, dass ERZ hier auf dem richtigen Weg ist, weshalb ich Sie bitte, den Antrag der FDP abzulehnen. Der zweite Kürzungsantrag der SVP über die 125 000 Franken bezieht sich angeblich auf die Kontrolleure für private Kompostanlagen, zielt aber auf eine der sechzehn neuen Stellen, die für die Verbesserung und Erweiterung des Recyclingangebots in der Stadt vorgesehen sind. Bei diesen Stellen geht es beispielsweise um den Betrieb und den Aufbau neuer Standorte für den mobilen Recyclinghof, die Beratung für Veranstalter*innen bezüglich Abfallvermeidung oder die Unterstützung bei der Erstellung und Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten. Weiter werden mit diesen Stellen die neue Abteilung Bioabfall Spezialtransport und der Ausbau der Abteilung Kran- und Muldenservice realisiert. Dort braucht es unter anderem mehr Personen, um den Abfall vom provisorischen Recyclinghof Looächer in Zürich-Affoltern statt durch das Quartier über die Autobahn zur Kehrrechtverwertungsanlage Hagenholz zu führen. Wenn dieser Antrag angenommen wird und wir eine Stelle weniger zur Verfügung haben, könnte ERZ seine Leistung zu Gunsten der Kreislaufwirtschaft und der quaternahen Angebote nicht im gewünschten Umfang entwickeln. Aus diesem Grund begrüsse ich die Ablehnung dieses Antrags.

S. 294	35 3550 3010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat				50 576 500 491 300 N	Mehrheit Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			15 000		51 052 800	Minderheit 1 Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP)
			125 000		50 942 800	Minderheit 2 Johann Widmer (SVP) Referat



27 / 41

Begründung: Minderheit 1: Laut ERZ werden 0,2 Stellen für die Kompostkontrolle bei Privaten verwendet. Auf diese Kontrolle ist zu verzichten. Die 16 neuen Stellen sind daher auf 15,8 zu kürzen.
Minderheit 2: Von den 16 neuen Stellen für «Recycling» soll 1 Stelle nicht besetzt werden; wir brauchen keine Kompostkontrollen für private Komposthaufen

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(51 067 800)	87 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(51 052 800)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(50 942 800)	<u>13 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 064.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Wir gingen davon aus, dass der Stellenstreichung im vorherigen Antrag nicht zugestimmt wird, weshalb wir einen konstruktiven Vorschlag für STR Simone Brander mitgebracht haben. Wir beantragen Jacken, auf denen – selbstverständlich in Anführungszeichen – «Kompostpolizist» oder «Kompostpolizistin» steht. Die Anführungszeichen sind deshalb nötig, weil die Kontrolleure sonst STR Karin Rykart unterstellt werden müssten. Mittlerweile haben wir gehört, dass es sich bloss um eine Beratung handeln soll. Dennoch würden die Jacken vermutlich dazu führen, dass sich die Trägerinnen und Träger dafür schämen und demzufolge nicht aussprechen würden. Dies würde präventiv wirken, damit die Beratungen vor Ort gar nicht mehr stattfinden würden.*

Florian Utz (SP): *Selbstverständlich darf sich niemand, die oder der nicht Polizistin oder Polizist ist, als solche oder solchen ausgeben. Dies ist sogar im Strafgesetzbuch unter dem Titel «Amtsanmassung» geregelt. Wir möchten die städtischen Angestellten keiner Strafverfolgung aussetzen, die es zumindest theoretisch auch mit dem Begriff in Anführungs- und Schlusszeichen geben müsste. Auch möchten wir selbstverständlich nicht, dass städtische Angestellte sich schämen müssen, so wie es das Ziel des Antrags ist. Der Antrag taugt daher als vielleicht durchaus netten Witz, darüber lässt sich streiten, aber nicht für ernsthafte Politik, und deshab bittet die Mehrheit um Ablehnung.*



Weitere Wortmeldungen:

Dominik Waser (Grüne): Ich sehe, wie wenig Wissen im Gemeinderat über Kompost vorhanden ist. Würdet ihr euch damit befassen, wüsstet ihr, dass das Problem eher der Gestank ist, und ihr hättet vielleicht eine Maske vorgeschlagen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir bleiben selbstverständlich in der Mehrheit und lehnen den Antrag ab. Ich hätte einen konstruktiven Vorschlag an die SVP: Ihr könnt gerne im Rahmen einer Fasnachtsaktion für euch selbst solche Jacken in Auftrag geben und damit durch die Stadt laufen – vielleicht hat STR Simone Brander Verwendung für euch.

S. 295	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3550	Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall			
	3112 00 000	Anschaffung Kleider, Wäsche, Vorhänge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat			295 500	Mehrheit
					Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Hasel- bach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			200	295 700	Minderheit
					Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Für 2 bis 3 Jacken. Die Personen, die die Kontrollen durchführen, sollen eine Jacke mit der Aufschrift «Kompost-Polizei» tragen müssen.		

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 065.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Selina Walgis (Grüne): Das Grünvolumen in der Stadt Zürich nimmt rasant ab. Grün Stadt Zürich berichtete im vergangenen Oktober, die Kronenfläche – also die Summe der von allen Bäumen im Siedlungsgebiet der Stadt Zürich beschatteten Fläche – habe



seit 2008 bis ins Jahr 2022 deutlich abgenommen. Dieser Verlust entspricht der Fläche von 90 Fussballfeldern. Die Vision der Grünen ist ein stetig wachsendes Grünvolumen in der Stadt. Leider sind wir aktuell von dieser Entwicklung noch weit entfernt. Der Klimawandel stresst die Bäume, die Wetterextreme setzen ihnen zu und der regen Bautätigkeit fallen viele Bäume zum Opfer. Auch die geplanten Baumpflanzungen können diesen Verlust leider nicht kompensieren. Mehr finanzielle Ressourcen für Baumpflanzungen sind deshalb sinnvoll. Vom Stadtrat wurde auf unsere Anfrage hin betont, dass genügend Mittel dafür eingestellt seien, um die Baumpflanzungen wie bisher weiterzuführen. Aus unserer Sicht reicht dies nicht: Im Jahr 2024 soll es noch schneller vorangehen als dieses Jahr, um der rasanten Abnahme des Grünvolumens entgegenzuwirken. Ebendieses ist wichtig für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung sowie für die Hitzeminderung. Als die AL gestern in einem Votum erwähnte, dass sie unseren Antrag lächerlich findet, war ich doch etwas erstaunt, profiliert sie sich doch sonst gerne als linke Partei, die sich für die Bevölkerung einsetzt. Wenn ihr mehr als 600 Bäume haben möchtet, dürft ihr dies gerne beantragen und wir sind sicher dabei. Wir fordern mit diesem Antrag nun 900 000 Franken für die zusätzliche Pflanzung von 600 Bäumen und danken für die Unterstützung.

Sven Sobernheim (GLP): Wir hatten es heute schon einmal vom Stadtgrün bzw. dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative Stadtgrün, in dem 130 Millionen Franken als Rahmenkredit beschlossen wurden. Ein Teil davon ist für Baumpflanzungen vorgesehen. Zusätzlich sagte das TED bereits, dass genügend Geld für Baumpflanzungen eingestellt sei. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb eine Mehrheit noch mehr Geld, das gar nicht verwendet werden kann, dafür einsetzen will.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (AL): Wir hatten nichts gegen die 50 zusätzlichen Edelkastanien, die die SVP postulierte. Ebenso wenig haben wir etwas gegen die 600 Bäume beliebiger Art, die die Grünen beantragen. Bei beiden ist mir aber nicht klar, inwiefern sie das bestehende Vorhaben der Stadt, im öffentlichen Raum Bäume zu pflanzen, beeinflussen. Das, was Selina Walgis (Grüne) angesprochen hat, war eben, dass wir nicht sehen, wie ihr diesen Antrag unterstützt, dessen Folge nicht klar ist, gleichzeitig aber nicht bereit seid, soziale Verantwortung zu übernehmen und die Lehrlingslöhne anzupassen. Ich bin überhaupt nicht überzeugt von der Entwicklung, die in der Begründung angeführt wird, wonach das Grünvolumen abnimmt und dieser Antrag dagegen etwas bewirken könne. Der grösste Teil des Volumenrückgangs findet auf Privatgrund statt und um dem entgegenzuwirken, müssten wir die Privaten mit Anpassungen im Baurecht oder entsprechenden Anreizen in die Pflicht nehmen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich möchte nicht gegen die Pflanzung von Bäumen votieren, weil ich das für etwas Schönes halte. Ich glaube, es war eine freudsche Fehlleistung, als Selina Walgis (Grüne) 600 000 statt 600 Bäume sagte. Ich habe mir ge-



dacht, dass 600 000 für 900 000 Franken günstig zu haben seien. So viele Bäume hätten auch etwas gebracht. Aber 600 Bäume haben wirklich keinen Einfluss auf das Klima. Ich selbst habe auch Bäume gepflanzt, für keinen habe ich mehr als 100 Franken bezahlt. Ein Baumpreis von 1 500 Franken entspricht wieder einmal einem «Züri-Finish» – es kann nicht genug teuer sein.

Dominik Waser (Grüne): *Wir können gar nicht genug Bäume pflanzen, denn die Stadt ist viel zu wenig grün. Je mehr Geld dafür zur Verfügung steht, desto besser. Gerne hätten wir im Gegenvorschlag zur Stadtgrüninitiative noch mehr Geld dafür eingesetzt, Sven Sobernheim (GLP), jedoch haben wir uns im Sinne der Mehrheit auf den gesetzten Betrag beschränkt. Es ist jetzt deshalb nötig, noch mehr dafür einzustellen. Und wenn Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) Babybäume pflanzen möchte, reichen 100 Franken sicherlich, aber das bringt nicht sehr viel. In diesem Sinne ist das Geld sehr gut eingesetzt.*

S. 105	35 3570 PG 1	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Park- und Grünanlagen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				53 678 800 921 400 N	Minderheit Sven Sobernheim (GLP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				900 000	55 500 200	Mehrheit Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			Begründung: Zusätzliche Mittel für Baumpflanzungen (rund 600 Bäume), weil das Grünvolumen in der Stadt Zürich immer mehr abnimmt			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 066.

Kommissionsreferat:

Flurin Capaul (FDP): «Potluck» ist eine wunderschöne Idee: Sie stammt aus Amerika und könnte mit «Topfroulette» ins Zürideutsche übersetzt werden. Es wird ein gemeinsames Fest veranstaltet und jeder bringt einen Topf mit – was dann auf dem Buffet steht, ist Roulette. Je nachdem, wer mitmacht, wird es kulinarisch ein grösseres Abenteuer als auch schon. Dieser Gedanke schoss mir durch den Kopf, als ich dafür einen Betrag im Budget fand. Im Hochbaudepartement (HBD) soll ein Mitarbeiteranlass veranstaltet werden, der unter anderem die Vernetzung fördern soll und für den vieles an Freiwilligenarbeit geleistet werden soll. Speziell fand ich daran, dass dafür ein Betrag von rund 100 000 Franken eingestellt wurde, was wir für einen solchen Anlass sehr viel Geld finden. Wir sind der Meinung, dass dieser Betrag deshalb gestrichen werden soll. Der Betrag ist grösser als die Summe aller Budgets für Weihnachtsessen im Departement. Ein weiteres Thema ist die Gleichbehandlung: Weshalb wird ein solcher Mitarbeiter- und Vernetzungsanlass nur im HBD und nicht auch für alle anderen Mitarbeiter der Stadt organisiert? Gerade dieses Jahr sprachen wir über Fringe Benefits – und damit kommt nochmals einer dazu. Weil es für diesen Anlass an Eigenleistung fehlt, er zu teuer ist und die Gleichbehandlung verletzt, bitten wir um Zustimmung zu unserem Kürzungsantrag.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Florian Blättler (SP): Man kann der Meinung sein, dass es dieses Fest nicht braucht. Man kann auch der Meinung sein, dass es dieses Fest braucht. Auf der einen Seite haben wir die durchaus hohen Kosten, auf der anderen Seite den Nutzen im Bereich Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung. Wir verstehen jedoch den Punkt, dass es eine stadtweit einheitliche Regelung braucht, damit eine Gleichbehandlung über die Departemente hinweg stattfinden kann. Aus diesen Gründen bleiben wir bei unserer Stimmenthaltung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: In unserem Departement findet jedes Jahr ein interner Anlass statt. Dieses Format des fachlichen und sozialen Austauschs kennen wir seit über 20 Jahren und ich habe es von meiner Vorgängerin übernommen. Nun gibt es die Idee, das Format für einmal auszuweiten. Diese Idee stammt ebenfalls von meiner Vorgängerin, die im Jahr 2002 eine solche Veranstaltung durchgeführt hat. Die Veranstaltung gibt dem Arbeitgeber eine Plattform, um zu zeigen, was im Hochbaudepartement geschieht.



In diesem Kontext wird auch über Arbeitskräftemangel gesprochen, womit eine Multiplikatorwirkung entsteht. Ich nehme das Thema Gleichbehandlung mit. Vielleicht könnte man die Idee auch auf andere Departemente übertragen, wobei das natürlich auch eine Frage der Grösse ist. Die Eigenleistungen darf man nicht unterschätzen, denn bei 800 Leuten landet man trotzdem schnell beim budgetierten Betrag. Ich muss akzeptieren, dass der Gemeinderat das nicht für sinnvoll hält, auch wenn es schade ist. Vielleicht ist es eine Anregung, auch in anderen Departementen eine solche Überlegung anzustellen und in einer gesamtstädtischen Initiative ein Format zu finden, das dann auch der Gemeinderat gut findet.

S. 318	40 4000 3099 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Departementssekretariat Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat				141 700	
			105 000		36 700	Zustimmung
						Martin Bürki (FDP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Auf einen speziellen Grossanlass soll verzichtet werden. Dies aus der Sicht der Gleichbehandlung der Mitarbeitenden aller Departemente. Für die interne Vernetzung stehen andere Möglichkeiten zur Verfügung und auf die Teilnahme von Angehörigen zur Information über die verschiedenen Tätigkeitsgebiete des HBD soll auch aus Aspekten der Gleichbehandlung mit anderen Departementen verzichtet werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 067.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): *In der Antwort des Stadtrats ist relativ klar ersichtlich, dass 28 hybride Sitzungszimmer ausgerüstet wurden, was durchschnittlich rund 2 000 Franken pro Sitzungszimmer ergibt. Nun kommen noch einmal zwei dazu, wofür rund 4 000 Franken reichen sollten. Was dann noch zu viel budgetiert ist, würden wir gerne streichen, weshalb wir Sie bitten, unserem Antrag zu folgen.*



Dr. Florian Blättler (SP): Wer es mit der Digitalisierung und damit mit Videokonferenzen ernst meint, muss auch eine zuverlässige und einfach zu bedienende Infrastruktur für hybride Sitzungen zur Verfügung stellen. Wie Flurin Capaul (FDP) erwähnte, gibt es bereits 28 Sitzungszimmer mit hybrider Ausstattung. Diese sind erstens über die ganze Stadt verteilt und zweitens handelt es sich um Klein- und Kleinstzimmer. Grössere Sitzungszimmer für hybride Sitzungen gibt es noch nicht, weshalb wir den Antrag ablehnen.

S. 319	40 4000 3113 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Departementssekretariat Anschaffung Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat				32 800 Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			28 600		4 200 Minderheit	Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Es hat bereits 28 hybride Sitzungszimmer im HBD an drei Standorten und zwei weitere folgen im Jahr 2024, mit Kosten von durchschnittlich je Fr. 2100. Dazu reichen Fr. 4200 und auf dem Konto können Fr. 28 600 gekürzt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 068.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Wir debattieren hier nicht zum ersten Mal über diese Liftkontrollen. In den vergangenen Jahren sprach ich mit vielen kleineren Firmen, die diese professionell anbieten. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Positionen lässt sich meiner Meinung nach auf zwei Zahlen runterbrechen. Die Stadt sagt, eine 100 Prozent-Stelle führe zu 400 Kontrollen pro Jahr. Wenn ich Personen aus der Privatwirtschaft fragte, die hauptberuflich in unterschiedlichen Organisationen tätig sind, sagen sie mir, dass sie etwa 800 Kontrollen pro Jahr schaffen. Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo dazwischen. Mit einer kleinen Effizienzsteigerung und etwas besserem Management



und besserer Führung schaffen wir es mit den heutigen Ressourcen locker, die notwendige Anzahl Kontrollen durchzuführen, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen und die periodischen Kontrollen alle fünf Jahre sicherzustellen. Aus diesem Grund bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Antrag.

Dr. Florian Blättler (SP): *Ich verweise gerne auf mein Statement des letzten Jahres. Die Stadt ist verpflichtet, übergeordnetes Recht einzuhalten. Ich möchte sehen, wie die FDP reagiert hätte, wenn die Stadtpolizei nach dem Urteil des Bezirksrat zur Critical Mass gesagt hätte, dass sie dieses gerne ausführe, allerdings erst in fünf Jahren, weil sie bis dann ausgelastet sei. Stimmen Sie deshalb mit der Mehrheit und lehnen Sie den Antrag ab.*

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): *Wir haben im vergangenen Jahr die Zahl der Liftkontrolleure von 11 auf 16 erhöht. Im Jahr 2023 wurden 3000 Kontrollen durchgeführt. Wenn wir nun die 400 Kontrollen nehmen, die der Stadtrat selbst ausweist und Flurin Capaul (FDP) zitiert hat, wären wir bei 6 400 Kontrollen. Ich glaube jedoch, und deshalb stimmen wir mit der Minderheit, dass diese Leute erst ausgebildet werden mussten. Dass nun schon wieder mehr Stellen geschaffen werden sollen, bevor die bisherigen in der vollen Leistungsfähigkeit laufen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn wir von den fünf Jahren und 6 400 Kontrollen ausgehen, werden Sie feststellen, dass wir bereits jetzt genügend Liftkontrolleure haben, um die vom Kanton verlangten Kontrollen sicherzustellen. Stimmen Sie deshalb mit der Minderheit und gegen Stellen auf Vorrat.*

S. 329		40		HOCHBAUDEPARTEMENT				
		4035		Amt für Baubewilligungen				
		3010 00 000		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
				Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
068.	Antrag Stadtrat					10 903 400	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
				300 000		10 603 400	Minderheit	Martin Bürki (FDP) Referat, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)



Begründung: Drei neue Liftkontrolleure bedeuten eine Anstellung auf Vorrat. Das Team ist ausreichend gross. In den Jahren 2020 bis 2022 haben die Liftanlagen um 3 % zugenommen und die Kontrollen um 27 %, obwohl die gesetzlichen Vorgaben nicht geändert haben. Im Jahr 2023 wurden bereits 3 neue Stellen bewilligt, es ist nicht ersichtlich, warum es nochmals 3 neue Stellen braucht.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 069. und 070. (Postulat GR Nr. 2023/548).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Nicolas Cavalli (GLP) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2567/2023): *Wir möchten im Budget einen Betrag von 100 000 Franken für die Schaffung einer Fachstelle Bestellerkompetenz einstellen. In der Budgetdebatte gestern und heute sprachen wir bereits über sehr hohe Kosten, so beispielsweise beim Schulhaus Saatlen, bei dem wir fast eine Viertelmilliarde erreicht haben. Es sind aber nicht nur die Schulen, die sehr teuer werden, sondern auch andere Bereiche. Doch wo fängt das Ganze an? Dafür müssen wir bei der Raumbedarfsstrategie starten. Für die Departemente und Dienstabteilungen wird diese Strategie erstellt und Immobilien Stadt Zürich (IMMO) teilt sie in Teilportfoliostrategien ein. Sie macht eine Soll- und Ist-Rechnung, klärt ab, was zur Verfügung steht, und was gebaut werden muss. So werden Projekte definiert und es kommt zum Bau. Die Frage, die sich die GLP stellt, ist, wer den gesamthaften Überblick über den Bedarf hat. Wenn sich ein Projekt im Bau befindet, kann es zu Änderungs- und Ergänzungswünschen kommen. Dies führt zur zweiten Frage: Wer hat den Gesamtüberblick über ebendiese? Wie kann die Verwaltung das Qualitätsmanagement verbessern und sicherstellen sowie Doppelspurigkeiten minimieren? Im Rahmen der Budgetlesung sagte die IMMO, sie nehme die Departemente über den gesamten Prozess hinweg mit und fungiere als neutrale Stelle. Wir sehen dies anders und möchten eine wirklich neutrale Stelle, die nicht leistungserbringend ist und Wünsche umsetzt. Aus diesem Grund fordern wir eine Fachstelle Bestellerkompetenz als neutrale Stelle. Wir sehen dies als Investition in die Zukunft, ins Qualitätsmanagement. Damit verschlechtern wir das Budget zwar um 100 000 Franken, doch wir sind überzeugt, dass der «Return on Investment» sehr schnell erreicht sein wird. Für mich ist die Ablehnung von bürgerlicher Seite unverständlich, weil wir bisher das Gefühl hatten, dass diese auch eine schlanke und optimierte Verwaltung haben möchte. Die Fachstelle müsste überschüssige Bestellungen zurückweisen und einen Vorschlag an den Stadtrat übermitteln können. Sie müsste also mit genug Governance-Kompetenz ausgestattet werden. Wir sind uns bewusst, dass dies eine schwierige Aufgabe ist, aber wir glauben, dass es der richtige Weg ist. Auch über die Ablehnung des Stadtrats sind wir erstaunt, der offensichtlich kein Interesse an einer Verbesserung des Qualitätsmanagements hat.*



Johann Widmer (SVP): Die RPK hat dazu Fragen gestellt und die Antworten der Stadtverwaltung waren für die Mehrheit schlüssig. Sie haben gezeigt, dass es genügend Kontrollen gibt, die Projekte richtig geführt werden und die Bestellabläufe klar und transparent geregelt sind. Aus diesem Grund sehen wir nicht ein, weshalb dafür eine neue Fachstelle geschaffen werden soll, die auch wieder geführt und kontrolliert werden muss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Es ist vielleicht speziell, dass ich das Postulat und damit eine Stelle, die man mir geben will, ablehne. Die geforderte Fachstelle gibt es bereits und sie heisst IMMO. Dort wird die Triage gemacht: Sämtliche Anträge – ausser die von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) oder von den Werken – bis hin zu kleinen Anpassungen im Bestand und dem Mobiliar werden dort bearbeitet. Dort geht es beispielsweise auch um die Prüfung der notwendigen Fläche und Belegung von Verwaltungsbauten. Sie ist in diesem Sinne neutral. Es ist ein schwieriger Auftrag, denn die IMMO ist jeweils die Überbringerin schlechter Nachrichten. Sie prüft die Anträge aufgrund der Raumbedarfs- und Teilportfoliostrategien. Diese sind der RPK und auch anderen Kommissionen bekannt. Die Dokumente zu den Raum- und Flächenstandards müssen jeweils vom Stadtrat abgenommen werden. Die bekanntesten sind die der Schulen, die stetig nachgeführt werden. Diese bilden die Leitlinie für die IMMO, wenn es in die Projektierung geht. Auch die Suche von Synergien mit anderen Projekten wird in bereits bestehenden Gremien vorgenommen. Dort geht es auch darum, ob etwas kombiniert werden könnte. Beispielsweise beim Schulhaus Luchswiesen wurde mit LSZ und der Schule koordiniert nach Synergien gesucht. Dafür gibt es eine Standort- und Raumkoordination (STARK) sowie eine Delegation für Immobilien, mit der auch Projekte mit Kombi nutzungen wie das Depot Hard definiert werden. Wir müssen das Rad also nicht neu erfinden, denn es braucht diese Fachstelle nicht. Wenn doch eine solche Fachstelle aufgebaut werden soll, die operativ tätig sein soll, müsste ein etwas höherer Betrag ins Budget eingestellt werden. Aber wie gesagt, ist dies unnötig, weshalb ich um Ablehnung des Postulats bitte.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Die FDP befand sich bisher in der Enthaltung, weil im Postulat steht, dass die Fachstelle einen Gesamtüberblick haben soll. Für uns gehört das zum Grundauftrag der IMMO. Wir sehen nicht ein, weshalb für etwas, das bereits zum Grundauftrag gehört, eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll. Wir schliessen uns deshalb der Mehrheit an und lehnen das Postulat ab.

Michael Schmid (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat: Wir finden den Antrag grundsätzlich spannend, er trifft jedoch den wunden Punkt noch nicht genau. Dieser liegt nicht darin, dass die Besteller nicht kompetent wären, ihren Raumbedarf



korrekt anzumelden oder diesen intern zu koordinieren. Er liegt darin, dass dem Besteller die Kompetenz fehlt, mögliche Zielkonflikte zwischen ihrer Bestellung und anderen Vorgaben, unter anderem bei den Erstellungs- und Betriebskosten oder der Reduktion des jeweiligen CO₂-Ausstosses zu erkennen und vorzubeugen. So kommt es beispielsweise bei Schulhausbauten immer wieder vor, dass das vom Besteller geforderte Raumprogramm nicht ohne den Abbruch der bestehenden Bausubstanz realisierbar ist. Um diesem Problem zu begegnen, möchten wir das Postulat mit einer Textänderung ergänzen. Der bisherige Text lautet wie folgt: Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine Fachstelle «Bestellerkompetenz» im Sinn einer Prüfteilung geschaffen werden kann. Dabei fungiert die Fachstelle als Qualitätssicherungsinstrument, auch hinsichtlich Suffizienz, ... nun folgt ein Einschub ... «und Möglichkeiten zum Bestandesehalt» und hat zur Aufgabe, den Gesamtüberblick über allfällige redundante Bestellungen zu wahren. Diese Fachstelle soll den angemeldeten Raumbedarf sowie nachfolgend angemeldete Bestellungen und Änderungswünsche aus den Departementen kritisch prüfen und allfällige überschüssige Bestellungen zurückweisen oder dem Stadtrat zur Ablehnung empfehlen können. ... An dieser Stelle folgt die Ergänzung «Weiter soll sie die konstruktive Rückmeldung geben, wie mit kleinen Anpassungen am Raumprogramm die Ökobilanz oder die Kosten eines Baus, bei Erstellung und im Betrieb, massgeblich verbessert werden können». Es handelt sich um kleine Kompromisse beim Raumprogramm, die eine grosse Wirkung bei anderen Zielvorgaben der Stadt haben und von der Fachstelle thematisiert werden könnten. Wenn ich STR André Odermatt korrekt verstanden habe, wird dieser Aspekt bei der IMMO noch nicht umgesetzt. Die Prüfteilung soll den konstruktiven Austausch zwischen Besteller und Hochbaudepartement fördern, ohne allein etwas entscheiden zu können. Wenn diese Änderungen angenommen werden, unterstützen wir den zugehörigen Budgetantrag.

Jürg Rauser (Grüne): Wir halten die Schaffung einer Fachstelle Bestellerkompetenz grundsätzlich für prüfenswert, unterstützen das Postulat und begrüssen auch die Textänderung. Das Resultat der Prüfung möchten wir jedoch abwarten, bevor die Stelle geschaffen wird. Aus diesem Grund lehnen wir den Budgetantrag ab. Die kritische Prüfung von Bedürfnissen und Synergien ist sicherlich begrüssenswert – nicht nur beim Amt für Hochbauten (AHB) und der IMMO, sondern auch in anderen Departementen, auch wenn der Effekt im Bausektor sicher besonders gross ist. Die Umsetzung der verschiedenen Bedürfnisse der unterschiedlichen Ämter ist wohl nicht die Summe aller Bedürfnisse. Wir trauen dem Stadtrat durchaus zu, die Koordination zu übernehmen und Synergien zu suchen und zu erkennen. Dennoch erhoffen wir uns von einem kritischen Gesamtblick von aussen einen Effekt, vielleicht frische Ideen und im Idealfall sogar eine gewisse Suffizienz der Ämter bereits bei der Bedürfnisanmeldung. Wichtig ist, dass jemand den Lead bei der Abwägung der verschiedenen Bedürfnisse und auch ein gewisses Weisungsrecht hat. Suffizienz bedeutet immer Verzicht und wir Grünen haben eine gewisse Erfahrung, was es heisst, diesen Verzicht zu vermitteln. Wenn man diese Budgetdebatte verfolgt, sind wir nicht die einzige Partei, die Schwierigkeiten hat, einen



gewissen Verzicht nach aussen zu vermitteln. Es geht uns hier nicht nur um die Finanzen, sondern auch um die ökologische Optimierung. Jeder Raum, der nicht umgebaut oder neu gebaut wird, ist ein guter Raum – und das ist das Votum eines Architekten.

Dr. Florian Blättler (SP): *Ich möchte den Antragstellern nicht widersprechen, dass hier unter Umständen ein Problem vorhanden ist. Wir glauben aber nicht, dass das Problem dadurch gelöst wird, indem der Auftrag, den die IMMO bereits hat, zusätzlich einer weiteren, neu geschaffenen Stelle übertragen wird. Ich glaube nicht, dass daraus ein besseres Resultat erzielt wird, sondern nur ein komplizierteres.*

Nicolas Cavalli (GLP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Ich habe Verständnis für das Votum von Martin Bürki (FDP), der von einem gewissen Grundauftrag ausgeht, dessen Umsetzung erwartet wird. Und Dr. Florian Blättler (SP), wenn wir erkennen, dass im Grundauftrag ein Problem existiert und wir einen Optimierungsvorschlag machen, ist dies nicht falsch. Mit dem gleichen Ansatz wie in der Medizin ist es auch in diesem Bereich möglich, präventiv in etwas zu investieren mit der Erwartung, dass dafür die Folgekosten günstiger werden. Das Ziel hinter einer solchen Fachstelle wäre es, neutral und unabhängig zu sein sowie Weisungsbefugnis zu haben. Genau dies macht ein solches Qualitätsmanagementtool aus. Den Textänderungsantrag der AL nehmen wir sehr gerne an, weil wir die Ergänzung sinnvoll finden und uns über die Unterstützung freuen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Bestandserhalt ist ein Thema, das immer geprüft wird. Bei den Projekten weisen wir jeweils die graue Energie aus, sei es beim Erhalt und Ausbau oder beim Abriss und Neubau. Bezüglich der ökologischen Auflagen verweise ich auf die Meilenschritte 23. Darin ist ersichtlich, wie wir unterwegs sind. Auch dort ist die Thematik der grauen Energie fixer Bestandteil wie Projekte heute entwickelt werden. Bezüglich der Suffizienz müssen die Raumstandards betrachtet werden. Gerade auch im Schulbetrieb müsste eine Botschaft folgen, wo die Suffizienz auch vom Gemeinderat gestützt wird, denn hierzu erhalte ich teilweise etwas andere Botschaften.*

Gemeinsame Behandlung des nachfolgenden Antrags mit Postulat GR Nr. 2023/548

S. 332	40 4040 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat				40 667 500	Mehrheit Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)



39 / 41

100 000	40 767 500	Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat
		Enthaltung	Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Tanja Maag Sturzenegger (AL)

Begründung: Schaffung einer neuen Fachstelle Bestellerkompetenz

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 071.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): «Vor langer Zeit gab es hier in der Stadt ein Büro, in dem zwei Personen die Wand ansahen und diese als sehr leer empfanden. Die Protagonisten heissen Corine und André, aber wie in Hollywood sind jegliche Ähnlichkeiten zu real existierenden Personen zufällig. Sie diskutieren, wie sie das Büro verschönern könnten, und kommen auf die Idee, aus der Kunstsammlung der Stadt ein Bild zu holen.» Um dies zu tun, müssen sie sich jedoch anmelden sowie eine Schulung und Beratung besuchen, denn das Bild soll schliesslich zum Büro passen. Ausserdem erhält man im Rahmen der Beratung Hinweise zur Pflege. Ich habe Fragen zum Geschäftsbericht und Budget gestellt und war sogar am Tag der offenen Tür, an dem ich Interviews mit Leuten geführt habe, die von dieser Dienstleistung Gebrauch gemacht hatten. Ungefähr 1 500 Ausleihen und mindestens 350 Beratungen werden jährlich getätigt – selbstverständlich während der Arbeitszeit. Wir finden das nicht nötig und nicht sinnvoll, weshalb wir den Antrag stellen, dieses Angebot zu streichen. Dennoch hat die Geschichte ein Happyend: «Im Sommer 2024 stehen die beiden Protagonisten wieder im Büro und freuen sich darüber, doch noch eine gute Lösung gefunden zu haben. Diese lautet: Mehr Blau.»

Felix Moser (Grüne): Flurin Capaul (FDP) hat mir vorhin in der Pause gesagt, er werde ein Märchen erzählen. Sie können sich deshalb vorstellen, was der Wahrheitsgehalt des eben Gesagten ist, auch wenn es ziemlich amüsant war. Ich habe die Antworten auch gelesen. Die Beratungen werden durchgeführt, weil alle zur Verfügung stehenden Kunstwerke einen Wert haben und es wichtig ist, dass die ausleihenden Mitarbeitenden den korrekten Umgang damit kennen. Möchte man diese sinnvollen Informationen nicht mehr mitgeben, müssten die Kunstwerke eingelagert werden, was ich schade fände. Wir



sind deshalb der Meinung, dass diese Beratungen weiterhin durchgeführt werden sollen, und bitten Sie, dem Antrag der FDP nicht zu folgen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Hier haben wir wieder ein Beispiel für den «Züri-Finish». Ich verstehe, dass ein Bild registriert werden muss, dass man wissen muss, woher es kommt und bei wem es hängt. Diese Verantwortung muss man übernehmen. Die grundsätzlichen Informationen können auch separat mitgegeben werden. Eine Beratungszeit von 1,5 Stunden ist jedoch eine unglaubliche Verschwendung. So kann man keine Stadt führen. Deshalb kann der Betrag ruhig gekürzt werden.

S. 332	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4040	Immobilien Stadt Zürich				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
071.	Antrag Stadtrat				40 667 500 Mehrheit	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
				75 000	40 592 500 Minderheit	Martin Bürki (FDP) Referat, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Wer ein Kunstwerk aus der städtischen Kunstsammlung im Büro aufhängen will, ist verpflichtet, eine Beratung zu besuchen. Pro Jahr werden ca. 1500 Ausleihungen getätigt. Dazu finden ca. 300 Termine à rund 1,5 Stunden und mehreren Teilnehmenden statt, das sind 0,5 Stellen. Diese Stellen sind intern an einen sinnvollen Ort zu transferieren oder ein Abgang im Team soll nicht ersetzt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 77, Beschluss-Nr. 2626/2023).



41 / 41

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat